

Amtsblatt

der Europäischen Union

C 58



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

53. Jahrgang
10. März 2010

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	II Mitteilungen	
	MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION	
	Europäische Kommission	
2010/C 58/01	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.5688 — Alstom/Bharat Forge/JV Companies) ⁽¹⁾	1
	IV Informationen	
	INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION	
	Europäische Kommission	
2010/C 58/02	Euro-Wechselkurs	2

DE

Preis:
3 EUR

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

(Fortsetzung umseitig)

Europäische Zentralbank

2010/C 58/03	Stellungnahme des EZB-Rates vom 4. März 2010 zu einer Empfehlung des Rates zur Ernennung des Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank (CON/2010/19)	3
--------------	---	---

V Bekanntmachungen**VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK****Europäische Kommission**

2010/C 58/04	Staatliche Beihilfen — Finnland — Staatliche Beihilfe C 12/09 (ex N 19/09) — Potenzielle Beihilfe für Järvi Suomen Portti Osuuskunta — Aufforderung zur Stellungnahme gemäß Artikel 108 Absatz 2 AEUV ⁽¹⁾	4
2010/C 58/05	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.5795 — Siemens/Sinara Locomotives/JV) — Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall ⁽¹⁾	18
2010/C 58/06	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.5792 — Bosch/Deutz/Eberspächer) ⁽¹⁾	19
2010/C 58/07	Bekanntmachung nach Artikel 27 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates in der Sache COMP/39.596 — British Airways/American Airlines/Iberia ⁽¹⁾	20



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

II

*(Mitteilungen)*MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN
DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**(Sache COMP/M.5688 — Alstom/Bharat Forge/JV Companies)****(Text von Bedeutung für den EWR)**

(2010/C 58/01)

Am 27. Januar 2010 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden beiden EU-Websites veröffentlicht:

- Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
 - der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/en/index.htm>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32010M5688 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.
-

IV

(Informationen)

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN
STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

9. März 2010

(2010/C 58/02)

1 Euro =

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,3557	AUD	Australischer Dollar	1,4938
JPY	Japanischer Yen	121,72	CAD	Kanadischer Dollar	1,3962
DKK	Dänische Krone	7,4417	HKD	Hongkong-Dollar	10,5208
GBP	Pfund Sterling	0,90640	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,9432
SEK	Schwedische Krone	9,7280	SGD	Singapur-Dollar	1,8990
CHF	Schweizer Franken	1,4626	KRW	Südkoreanischer Won	1 538,21
ISK	Isländische Krone		ZAR	Südafrikanischer Rand	10,0980
NOK	Norwegische Krone	8,0410	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	9,2544
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	HRK	Kroatische Kuna	7,2628
CZK	Tschechische Krone	25,666	IDR	Indonesische Rupiah	12 487,33
EEK	Estnische Krone	15,6466	MYR	Malaysischer Ringgit	4,5301
HUF	Ungarischer Forint	267,20	PHP	Philippinischer Peso	62,035
LTL	Litauischer Litas	3,4528	RUB	Russischer Rubel	40,3985
LVL	Lettischer Lat	0,7084	THB	Thailändischer Baht	44,379
PLN	Polnischer Zloty	3,8954	BRL	Brasilianischer Real	2,4345
RON	Rumänischer Leu	4,1000	MXN	Mexikanischer Peso	17,2072
TRY	Türkische Lira	2,0894	INR	Indische Rupie	61,8270

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

STELLUNGNAHME DES EZB-RATES

vom 4. März 2010

zu einer Empfehlung des Rates zur Ernennung des Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank
(CON/2010/19)
(2010/C 58/03)

Einleitung und Rechtsgrundlage

Am 24. Februar 2010 wurde die Europäische Zentralbank (EZB) vom Präsidenten des Europäischen Rates um Stellungnahme zu einer Empfehlung des Rates zur Ernennung des Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank ersucht.

Die Zuständigkeit des EZB-Rates zur Abgabe einer Stellungnahme beruht auf Artikel 283 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Allgemeine Anmerkungen

1. Die Empfehlung des Rates, die dem Europäischen Rat übermittelt wurde und zu der das Europäische Parlament und der EZB-Rat angehört werden, sieht die Ernennung von Vítor CONSTÂNCIO zum Vizepräsidenten der EZB für eine Amtszeit von acht Jahren mit Wirkung zum 1. Juni 2010 vor.
2. Der EZB-Rat ist der Ansicht, dass der vorgeschlagene Kandidat eine in Währungs- oder Bankfragen anerkannte und erfahrene Persönlichkeit im Sinne von Artikel 283 Absatz 2 des Vertrags ist.
3. Der EZB-Rat hat keine Einwände gegen die Empfehlung des Rates zur Ernennung von Vítor CONSTÂNCIO zum Vizepräsidenten der EZB.

Geschehen zu Frankfurt am Main am 4. März 2010.

Der Präsident der EZB
Jean-Claude TRICHET

V

(Bekanntmachungen)

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER
WETTBEWERBSPOLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION

STAATLICHE BEIHILFEN — FINNLAND

Staatliche Beihilfe C 12/09 (ex N 19/09) — Potenzielle Beihilfe für Järvi Suomen Portti Osuuskunta

Aufforderung zur Stellungnahme gemäß Artikel 108 Absatz 2 AEUV

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 58/04)

Mit Schreiben vom 15. Dezember 2009, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Finnland von ihrem Beschluss in Kenntnis gesetzt, wegen der genannten Beihilfe das Verfahren nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV zu eröffnen.

Alle Beteiligten können innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Zusammenfassung und des Schreibens zu der Maßnahme, die Gegenstand des von der Kommission eröffneten Verfahrens ist, Stellung nehmen. Die Stellungnahmen sind an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
Büro: SPA3, 6/5
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË
Fax +32 22961242

Alle Stellungnahmen werden Finnland übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht bekanntgegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

I. VERFAHREN

Am 15. Januar 2009 hat Finnland eine Rettungsbeihilfe in Form einer Bürgschaft und von Umschuldungsmaßnahmen für *Järvi-Suomen Portti Osuuskunta* (Staatliche Beihilfe N 19/09) angemeldet. Am 8. April 2009 entschied die Kommission, das förmliche Prüfverfahren bezüglich der angemeldeten Maßnahme und in der Vergangenheit gewährter Maßnahmen zu eröffnen. Nach der Eröffnungsentscheidung übermittelte Finnland mit Schreiben vom 13. Mai 2009 weitere Informationen. Nach Veröffentlichung der Eröffnungsentscheidung (ABl. C 134 vom 13.6.2009, S. 16) ging eine Stellungnahme eines Dritten ein. Am 31. Juli 2009 forderte die Kommission Finnland auf, dazu Stellung zu nehmen, worauf Finnland mit Schreiben vom

28. August 2009 antwortete. Mit E-Mail vom 3. November 2009 übermittelte Finnland ergänzende Auskünfte.

II. BESCHREIBUNG

Järvi-Suomen Portti Osuuskunta, der Begünstigte der fraglichen Maßnahmen, ist eine Lebensmittelproduktionsgenossenschaft. Das Unternehmen ist in einem Regionalfördergebiet nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV ansässig.

Seit dem 1. Dezember 2004 befindet sich *Järvi-Suomen Portti Osuuskunta* in einem gerichtlich beaufsichtigten Umstrukturierungsverfahren. Dieses Umstrukturierungsverfahren, das zu einer

teilweisen Reduzierung und Stundung der Schulden geführt hat, soll bis zum 1. Juli 2015 andauern. Vor der Einleitung des gerichtlich beaufsichtigten Umstrukturierungsverfahrens befand sich das Unternehmen in Schwierigkeiten. Die Lage war auch während des Umstrukturierungsverfahrens weiterhin schwierig und 2008 leiteten die finnischen Steuerbehörden für das Unternehmen zwei Insolvenzverfahren ein, die im Sommer 2009 abgeschlossen wurden.

Nach der Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens stellte sich heraus, dass die Stadt Mikkeli in den Jahren 2000 bis 2008 verschiedene weitere Maßnahmen zugunsten von *Järvi-Suomen Portti Osuuskunta* durchgeführt hat wie etwa die Übertragung von Grundstücken ohne Gegenleistung, der Erwerb von Grundstücken des Unternehmens, die Übernahme von Kreditbürgschaften in Höhe von rund 2,3 Mio. EUR, der Erwerb von Anteilen und die Abschreibung von Schulden im Jahresabschluss. In den Jahren 2004 bis 2008 hat *Finnvera Oyj* an *Järvi-Suomen Portti Osuuskunta* Kredite in Höhe von 430 000 EUR vergeben und Kreditbürgschaften in Höhe von 4,06 Mio. EUR für das Unternehmen übernommen.

III. BEIHILFERECHTLICHE WÜRDIGUNG

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Kommission der Auffassung, dass es sich bei den oben beschriebenen zusätzlichen Maßnahmen um eine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 107 Absatz 1 AEUV handeln könnte. Es bestehen insbesondere Zweifel darüber, ob diese Maßnahmen dem Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Kapitalgebers entsprechen. Diese Aspekte muss die Kommission eingehend prüfen.

Falls die fraglichen Maßnahmen als staatliche Beihilfen anzusehen sind, muss die Kommission prüfen, ob eine derartige Beihilfe mit Artikel 107 Absatz 2 oder Absatz 3 AEUV vereinbar wäre. Maßnahmen, die vor 2004, d. h. zu einem Zeitpunkt, als das Unternehmen sich noch nicht in Schwierigkeiten befunden hat, erfolgt sind, könnten mit den Regionalbeihilfeleitlinien vereinbar sein, da das Unternehmen zur fraglichen Zeit in einem Regionalfördergebiet nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe a AEUV ansässig war. Maßnahmen, die seit 2004 und somit zu einem Zeitpunkt, als das Unternehmen sich in Schwierigkeiten befand, erfolgt sind, könnten mit den Rettungs- und Umstrukturierungsleitlinien vereinbar sein. Auf der Grundlage der bisher vorliegenden Informationen kann sich die Kommission kein abschließendes Urteil über die Vereinbarkeit der fraglichen Maßnahmen auf der Grundlage der beschriebenen Ausnahmeregelungen oder auf einer anderen rechtlichen Grundlage bilden.

IV. SCHLUSSFOLGERUNG

Aus den vorstehenden Erwägungen hat die Kommission beschlossen, bezüglich der genannten Maßnahmen das förmliche Prüfverfahren nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV zu eröffnen.

WORTLAUT DES SCHREIBENS

„Komissio ilmoittaa Suomelle, että tutkittuaan Suomen viranomaisten toimittamat edellä mainittua tukea koskevat tiedot komissio on päättänyt laajentaa SEUT-sopimuksen 108 artiklan 2 kohdassa tarkoitettua menettelyä ⁽¹⁾).

⁽¹⁾ Joulukuun 1 päivänä 2009 EY:n perustamissopimuksen 87 ja 88 artiklasta on tullut SEUT-sopimuksen 107 ja 108 artikla. Kyseiset kaksi määräyskokonaisuutta ovat asiasisällöltään samanlaiset. Tässä päätöksessä viittaukset Euroopan unionin toiminnasta tehdyn sopimuksen (SEUT-sopimus) 107 ja 108 artiklaan on ymmärrettävä soveltuvien osin viittauksiksi EY:n perustamissopimuksen 87 ja 88 artiklaan.

1. MENETTELY

- (1) Suomen viranomaiset ilmoittivat 15 päivänä tammikuuta 2009 Järvi-Suomen Portti Osuuskunnalle (jäljempänä 'Järvi-Suomen Portti') myönnetystä pelastamistuesta (valtiontukiasia N 19/2009). Ilmoituksen alustavassa tutkimuksessa esitettiin epäilyjä ilmoitetun tukitoimenpiteen soveltuvuudesta sisämarkkinoille. Tämän vuoksi komissio aloitti 8. huhtikuuta 2009 ilmoitettuja toimenpiteitä ja useita aikaisemmin toteutettuja toimenpiteitä koskevan muodollisen tutkintamenettelyn. Suomen viranomaiset toimittivat lisätietoja kirjeitse 13 päivänä toukokuuta 2009.
- (2) Päätös muodollisen tutkintamenettelyn aloittamisesta julkaistiin Euroopan unionin virallisessa lehdessä 13 päivänä kesäkuuta 2009 ⁽²⁾. Komissio kehotti asianomaisia esittämään huomautuksensa kyseisistä toimenpiteistä. Yksi kolmas osapuoli toimitti tietoja 13 päivänä heinäkuuta 2009. Komissio pyysi 31 päivänä heinäkuuta 2009 Suomen viranomaisia esittämään tästä omat huomautuksensa, ja Suomen viranomaiset vastasivat 28 päivänä elokuuta 2009 päivätyllä kirjeellä. Suomen viranomaiset toimittivat lisätietoja sähköpostitse 3 päivänä marraskuuta 2009.

2. TUENSAAJA

2.1 Järvi-Suomen Portti Osuuskunta

- (3) Järvi-Suomen Portti on osuuskunta, jonka päätoimipaikka on Mikkeli, ja sen Itä-Suomessa sijaitsevat tuotantotilat ovat Mikkeliissä ja Kouvolassa. Itä-Suomi on SEUT-sopimuksen 107 artiklan 3 kohdan c alakohdan mukainen aluetukikelpoinen alue. Osuuskunta perustettiin vuonna 1914. Yhtiön nimeksi tuli vuonna 1949 Osuusteurastamo Karjaportti ja vuodesta 2003 alkaen se on ollut Järvi-Suomen Portti. Järvi-Suomen Portilla on 300 työntekijää sekä 100–120 kausityöntekijää keväällä ja kesällä.
- (4) Järvi-Suomen Portti toimii elintarvikealalla. Se jalostaa lihaa erilaisiksi tuotteiksi, esimerkiksi lihapulliksi ja makkaroiiksi. Tämän lisäksi osuuskunta myy pakattua lihaa, lihapaloja ja ruhoja. Järvi-Suomen Portilla on erittäin vähän vientiä muihin jäsenvaltioihin. Muihin jäsenvaltioihin suuntautuneen viennin arvo oli 0,5 miljoonaa euroa vuonna 2008.

2.2 Järvi-Suomen Portin taloudellinen tilanne

- (5) Järvi-Suomen Portti on ollut 1 päivänä joulukuuta 2004 alkaen yrityksen saneerauksesta annetun lain (47/1993) mukaisen, tuomioistuimen valvoman saneerausmenettelyn kohteena (jäljempänä 'tuomioistuimen valvoma saneerausmenettely'). Saneerausohjelmaan sisältyy muun muassa yksityisten ja julkisten velkojen Järvi-Suomen Portille myöntämien velkojen osittainen vähentäminen ja uudelleenjärjestely. Ohjelman hyväksyi Mikkelin käräjäoikeus 30 päivänä tammikuuta 2006. Saneerausohjelman kesto on kymmenen vuotta (1 päivään heinäkuuta 2015). Vuosina 2004–2008 Järvi-Suomen Portti vähensi henkilökuntaansa 372:lla ja ulkoisti joitain toimintoja, kuten hankinnat sekä teurastamo- ja leikkaamotoiminnot.

⁽²⁾ EUVL C 134, s. 16.

- (6) Ennen tuomioistuimen valvoman saneerausmenettelyn alkamista yritys oli vaikeuksissa. Suomen viranomaisten toimittamien taseiden mukaan Järvi-Suomen Portin alijäämä oli 6 miljoonaa euroa vuonna 2003 ja 10,7 miljoonaa euroa vuonna 2004. Liikevaihto supistui. Lisäksi näyttää siltä, ettei Järvi-Suomen Portti pystynyt maksamaan velkojaan vuonna 2004 ⁽¹⁾.
- (7) Yrityksen tilanne säilyi vaikeana tuomioistuimen valvoman saneerausmenettelyn aikana. Vuonna 2005 Järvi-Suomen Portin alijäämä oli 9,2 miljoonaa euroa. Vuonna 2006 yritys kirjasi 4,3 miljoonan euron ylijäämän, mutta alijäämä ennen satunnaisia eriä oli 4,5 miljoonaa euroa ⁽²⁾. Vuonna 2007 yrityksen alijäämä oli 7,9 miljoonaa euroa ja vuonna 2008 2,8 miljoonaa euroa. Liikevaihto on supistunut jatkuvasti vuodesta 2003. Kyseisenä vuonna se oli 128 miljoonaa euroa ja vuonna 2008 81 miljoonaa euroa.
- (8) Veroviranomaiset jättivät kahdesti vuonna 2008 Järvi-Suomen Porttia koskevan konkurssihakemuksen. Ensimmäisessä hakemuksessa, joka tehtiin 7 päivänä lokakuuta 2008, ne vaativat osuuskuntaa maksamaan 461 578,74 euroa. Veroviranomaiset peruuttivat hakemuksen myöhemmin. Joulukuun 1 päivänä 2008 jätettiin uusi hakemus, jossa esitettiin 981 658,16 euron maksuvaatimus. Lehtitietojen mukaan Järvi-Suomen Porttia koskeva konkurssimenettely lopetettiin kesäkuussa 2009, sillä osuuskunnan väitetään maksaneen verovelkansa.

3. TOIMENPITEIDEN KUVAUS

- (9) Muodollisen tutkintamenettelyn aloittamista koskevan päätöksen jälkeen komissio sai 13 päivänä heinäkuuta 2009 kolmannelta osapuolelta tietoja Järvi-Suomen Portin hyväksi toteutetuista toimenpiteistä, ja Suomen viranomaisten 13 päivänä toukokuuta 2009 ja 28 päivänä elokuuta 2009 päivätty huomautukset. Kyseiset toimenpiteet toteutettiin niiden toimenpiteiden lisäksi, jotka kuuluvat 8 päivänä huhtikuuta 2009 tehdyn muodollisen tutkintamenettelyn aloittamista koskevan päätöksen piiriin, ja niitä kuvaillaan seuraavassa.

3.1 Mikkelin kaupungin toteuttamat toimenpiteet

3.1.1 Maa-alueen luovuttaminen

- (10) Järvi-Suomen Portille luovutettiin vuonna 2000 tontti Mikkelin maalaiskunnassa ⁽³⁾ sijaitsevan Tikkalan tuotantolaitoksen rakentamista varten. Kaupungin viranomaiset rakensivat kunnallistekniikan alueelle ja sitoutuivat toteuttamaan muita tarvittavia teknisiä töitä, kuten louhinnan ja maantasauksen, ja vastaamaan muista asiaan liittyvistä kustannuksista Järvi-Suomen Portin puolesta. Lisäksi näyttää

siltä, että Mikkelin kaupunki tarjosi tontin, kunnallistekniikan ja muut vaadittavat tekniset työt ilman vastiketta, ts. Järvi-Suomen Portti ei maksanut ostohintaa.

3.1.2 Maa-alueen osto

- (11) Mikkelin kaupunki osti Järvi-Suomen Portilta vuonna 2002 kuusi kiinteistöä ja yhden rakennuksen vuokrasopimuksineen. Kokonaisostohinta oli noin 7 miljoonaa euroa.

3.1.3 Maaliskuun 8 päivänä 2004 myönnetty takaus

- (12) Maaliskuun 8 päivänä 2004 tehdyllä päätöksellä Mikkelin kaupunginvaltuusto myönsi omavelkaisen takauksen Keskinäinen Eläkevakuutusyhtiö Tapiolan (jäljempänä 'Tapiola') myöntämälle 607 054,55 euron lainalle. Takaus kattoi kymmenen vuoden ajaksi myönnetyn lainan täysimääräisesti. Kyseinen laina ja takaus korvasivat Tapiolan aikaisemmin myöntämän lainan, jolle Mikkelin kaupunki oli alun perin myöntänyt takauksen 2 päivänä marraskuuta 1992 tekemällään päätöksellä. Takaus myönnettiin ilman palkkiota omavelkaisena takauksena, jossa takaaaja vastaa lainan pääomasta aivan kuin omasta velastaan. Tämä tarkoittaa sitä, että velkoja voisi pyytää velan suoritusta takaaajalta, kun lainan pääoma erääntyy maksettavaksi.

3.1.4 Toukokuun 10 päivänä 2004 myönnetty takaus

- (13) Vuonna 2004 Tapiola päätti myöntää Järvi-Suomen Portille kolmen vuoden investointilainan, jonka määrä oli 1,7 miljoonaa euroa. Mikkelin kaupunginvaltuusto päätti 10 päivänä toukokuuta 2004 myöntää ilman palkkiota omavelkaisen takauksen, joka kattoi lainan täysimääräisesti.

3.1.5 Osakkeiden ostaminen Järvi-Suomen Portilta

- (14) Järvi-Suomen Portti myi 2. syyskuuta 2005 50 prosenttia Kiinteistö Oy Suksimäen osakkeista Mikkelin kaupungin omistamalle yritykselle. Kauppahinta oli 860 000 euroa.

3.1.6 Jätevesimaksun alentaminen

- (15) Järvi-Suomen Portin tuotantolaitosten jätevesimaksua alennettiin Mikkelin kaupungin vesilaitoksen 24 päivänä tammi-kuuta 2007 tekemällä päätöksellä.

3.1.7 Velkojen alaskirjaus vuonna 2007

- (16) Mikkelin kaupunginhallitus päätti 5 päivänä helmikuuta 2007 tekemällään päätöksellä kirjata vuoden 2006 kirjanpidossa alas Järvi-Suomen Portilta olevan saatavan, jonka määrä oli 274 022,93 euroa, ja siirsi velan takaisinperinnän lainopillisen osaston tehtäväksi.

3.1.8 Velkojen alaskirjaus vuoden 2008 tilinpäätöksestä

- (17) Suomen viranomaisten toimittamien tietojen mukaan Mikkelin kaupunki kirjasi vuoden 2008 tilinpäätöksessään alas Järvi-Suomen Portin epävarmat saatavat, joiden määrä oli 5,7 miljoonaa euroa.

⁽¹⁾ Kaupunginvaltuuston 8. maaliskuuta 2004 pidetyn kokouksen pöytäkirjan mukaan Järvi-Suomen Portti oli aloittanut velkojensa uudelleen järjestämisen aikaisemmin kyseisenä vuonna ja pyytänyt Mikkelin kaupunkia lykkäämään vuonna 2004 maksettavia lainaeria vuoteen 2005. Laina oli myönnetty vuonna 2000, ja sen oli taannut Mikkelin kaupunki. Kaupunginvaltuusto oli suostunut lykkäyspyyntöön.

⁽²⁾ Satunnaiset erät (luultavasti maan/yritysten myynti) olivat 9 miljoonaa euroa.

⁽³⁾ Mikkelin maalaiskunta liitettiin Mikkelin kaupunkiin vuonna 2001.

3.2 Finnveran toteuttamat toimenpiteet

- (18) Suomen viranomaisten toimittamien tietojen mukaan Finnvera Oyj⁽¹⁾ (jäljempänä 'Finnvera') myönsi Järvi-Suomen Portille useita lainoja ja takauksia vuosina 2004–2008.
- (19) Lainoja myönnettiin vuosina 2006 ja 2007 seuraavasti:
- Finnvera myönsi 12 päivänä tammikuuta 2006 180 000 euron lainan, jonka korko on kuuden kuukauden euribor lisätynä 2 prosenttiyksiköllä vuodessa.
 - Finnvera myönsi 6 päivänä heinäkuuta 2007 250 000 euron lainan, jonka korko on kuuden kuukauden euribor lisätynä 2,5 prosenttiyksiköllä vuodessa.
- (20) Takauksia myönnettiin vuosina 2004, 2006 ja 2008 seuraavasti:
- Finnvera myönsi 17 päivänä maaliskuuta 2004 täysimääräisen takauksen lainalle, jonka määrä oli 91 000 euroa ja takauspalkkio 3 prosenttia vuodessa.
 - Finnvera myönsi 14 päivänä syyskuuta 2006 takauksen, jonka määrä oli 300 000 euroa ja takauspalkkio 1,65 prosenttia vuodessa. Takaus kattoi [10–20]⁽²⁾ prosenttia [1,5–2,2] miljoonan euron lainasta.
 - Finnvera myönsi 9 päivänä tammikuuta 2008 takauksen, jonka määrä oli 280 000 euroa ja takauspalkkio 2,5 prosenttia vuodessa. Takaus kattoi [75–85] prosenttia [300 000–400 000] euron lainasta.

4. ARVIOINTI

- (21) Selvittääkseen, voisivatko edellä kuvatut toimenpiteet olla SEUT-sopimuksen 107 artiklassa tarkoitettua valtiontukea (ks. jäljempänä 4.2 kohta) ja, jos ne ovat valtiontukea, soveltuisiko kyseinen valtiontuki sisämarkkinoille (ks. jäljempänä 4.3 kohta), on määritettävä ajankohta, josta alkaen Järvi-Suomen Portti on katsottava vaikeuksissa olevaksi yritykseksi (ks. jäljempänä 4.1 kohta).

4.1 Vaikeuksissa oleva yritys

- (22) Valtiontuesta vaikeuksissa olevien yritysten pelastamiseksi ja rakenneuudistukseksi annettujen suuntaviivojen⁽³⁾ (jäljempänä 'pelastamis- ja rakenneuudistustukea koskevat vuoden 2004 suuntaviivat') mukaan yrityksen voidaan katsoa olevan vaikeuksissa, jos se ei pysty pysäyttämään tappiollista kehitystä, joka johtaa lähes varmasti yrityksen toi-

minnan loppumiseen lyhyellä tai keskipitkällä aikavälillä, jos viranomaiset eivät puutu tilanteeseen. Pelastamis- ja rakenneuudistustukea koskevissa vuoden 2004 suuntaviivoissa vahvistetaan tietyt olosuhteet, joiden vallitessa yrityksen voidaan katsoa olevan vaikeuksissa. Samantapainen määritelmä sisältyi aikaisempiin yhteisön suuntaviivoihin valtiontuesta vaikeuksissa olevien yritysten pelastamiseksi ja rakenneuudistukseksi⁽⁴⁾ (jäljempänä 'pelastamis- ja rakenneuudistustukea koskevat vuoden 1999 suuntaviivat'). Kyseiset suuntaviivat korvattiin 10 päivänä lokakuuta 2004 voimaan tulleilla pelastamis- ja rakenneuudistustukea koskevilla vuoden 2004 suuntaviivoilla.

- (23) Muodollisen tutkintamenettelyn aloittamista koskevassa päätöksessä komissio totesi näyttävän siltä, että Järvi-Suomen Portti on ollut vaikeuksissa oleva yritys siitä lähtien kun tuomioistuimen valvoma saneerausmenettely käynnistyi 1 päivänä joulukuuta 2004.⁽⁵⁾ Suomen viranomaisten muodollisen tutkintamenettelyn aloittamisen jälkeen toimittamien tietojen mukaan yritys oli ollut jo tätä aiemmin vaikeuksissa (ks. edellä 5 kohta ja sitä seuraavat kohdat). Ottaen huomioon, että Järvi-Suomen Portin toiminta on ollut tappiollista vuodesta 2003, sen liikevaihto on laskenut eikä se pystynyt maksamaan velkojaan vuonna 2004, ja koska yrityksen tilanne säilyi vaikeana tuomioistuimen valvoman saneerausmenettelyn aikana ja vuonna 2008 Suomen veroviranomaiset hakivat yritystä kahdesti konkurssiin, komissio katsoo alustavasti, että Järvi-Suomen Portti on ainakin vuoden 2004 alusta täyttänyt pelastamis- ja rakenneuudistustukea koskevien vuosien 2004 ja 1999 suuntaviivojen edellytykset. Näin ollen yrityksen voidaan katsoa olleen vaikeuksissa ainakin vuoden 2004 alusta.

4.2 Valtiontuen olemassaolo

- (24) SEUT-sopimuksen 107 artiklan 1 kohdassa määrätään, että jäsenvaltion myöntämä taikka valtion varoista muodossa tai toisessa myönnetty tuki, joka vääristää tai uhkaa vääristää kilpailua suositavalla jotakin yritystä tai tuotannon-alaa, ei sovellu sisämarkkinoille, siltä osin kuin se vaikuttaa jäsenvaltioiden väliseen kauppaan.
- (25) Alustavassa arvioinnissa keskitytään ensisijaisesti siihen kysymykseen, ovatko Mikkelin kaupungin ja Finnveran myöntämät toimenpiteet antaneet tuensaajalle sellaista etua, jota se ei olisi voinut saada tavanomaisissa markkinaolosuhteissa. Tämän vuoksi komission on analysoitava näitä toimenpiteitä markkinataloussijoittajaperiaatteen valossa erityisesti siksi, että Suomen viranomaiset ovat väittäneet useimpien toimenpiteiden osalta, että viranomaiset ovat toimineet kyseisen periaatteen mukaisesti.

4.2.1 Maa-alueen luovuttaminen

- (26) Suomen viranomaiset eivät kiistä, etteikö kyseistä tonttia luovutettu Järvi-Suomen Portille. Muita tätä liiketoimea

⁽¹⁾ Finnvera on valtion omistama erityisrahoitusyhtiö. Yhtiön tarkoituksena on tarjota rahoituspalveluja yritystoiminnan, erityisesti pk-yritysten, edistämiseksi ja kehittämiseksi ja edistää ja kehittää yritysten vientitoimintaa ja kansainvälistymistä. Finnveran toiminta perustuu 18. kesäkuuta 1998 valtion erityisrahoitusyhtiöstä annettuun lakiin (443/1998).

⁽²⁾ Liikesalaisuus.

⁽³⁾ Yhteisön suuntaviivat valtiontuesta vaikeuksissa olevien yritysten pelastamiseksi ja rakenneuudistukseksi (EUVL C 244, 1.10.2004, s. 2); voimassaoloaikaa jatkettu komission tiedonannolla valtiontuesta vaikeuksissa olevien yritysten pelastamiseksi ja rakenneuudistukseksi annettujen yhteisön suuntaviivojen voimassaoloajan pidentämisestä (EUVL C 156, 9.7.2009, s. 3).

⁽⁴⁾ Yhteisön suuntaviivat valtiontuesta vaikeuksissa olevien yritysten pelastamiseksi ja rakenneuudistukseksi (Tiedonanto jäsenvaltioille ja ehdotukset aiheelliseksi toimenpiteiksi) (EYVL C 288, 9.10.1999, s. 2).

⁽⁵⁾ Saneerausohjelmassa todetaan (4.2 ja 10.1 kohta), että jollei tuomioistuimen valvoma saneerausmenettely olisi alkanut, Järvi-Suomen Portti olisi todennäköisesti julistettu konkurssiin, sillä osuuskunnan vakavaraisuus, kannattavuus ja maksuvalmius olivat heikot.

koskevia tietoja ei ole annettu, kuten tietoja Järvi-Suomen Portin maksamasta hinnasta, luovutuspäivästä, tontin arvioinnista taikka muista tonttiin liittyvien teknisten töiden tai kunnallistekniikan kustannuksista. Mikkelin kaupunginvaltuuston kokouspöytäkirjan mukaan kaupunginhallitus ehdotti marraskuussa 1999 Järvi-Suomen Portin hallitukselle, että kaupunki on valmis osoittamaan tarvittavan tontin, valmistelemaan sen rakentamista varten ja rakentamaan kunnallistekniikan ilman vastiketta. Mikkelin kaupunginvaltuusto hyväksyi ehdotuksen kesäkuussa 2000.

- (27) Voidaan katsoa, että maa-alueiden ja rakennusten myyntiin viranomaisten toimesta ei sisälly valtiontukea, jos kyseisenlaista myyntiä koskevan komission tiedonannon ⁽¹⁾ edellytykset täyttyvät. Tiedonannon mukaan maa-alueiden ja rakennusten myyntiin ei sisälly valtiontukea, jos se tapahtuu riittävästi julkistetulla, avoimella tarjouskilpailulla, jolle ei aseteta ehtoja, tai jos siitä on suoritettu riippumattoman asiantuntijan arvio. Kun jokin näistä edellytyksistä täyttyy, myynnin katsotaan tapahtuvan markkinahintaan. Tässä vaiheessa komissio ei ole vakuuttunut siitä, onko tällaista markkinahintaa maksettu, sillä näyttää siltä, että tontti, jolla oli tehty rakentamisen edellyttämät valmistelut ja jonne oli rakennettu kunnallistekniikka, luovutettiin Järvi-Suomen Portille vastikkeetta. Tämän johdosta komissiolla on epäilyjä sen suhteen, toteutuiko myynti markkinataloussijoittajaperiaatteen mukaisesti.

4.2.2 Maa-alueen ostaminen

- (28) Suomen viranomaisten mukaan kiinteistöjen ostot vuonna 2002 liittyivät Tikkanen tuotantolaitoksen rakennushankkeeseen, jota varten Järvi-Suomen Portti tarvitsi rahoitusta. Suomen viranomaiset väittävät, että kiinteistöt ostettiin markkinahintaan. Kolmas osapuoli väittää, että maa-alueen ostoehdot olivat suosiolliset Järvi-Suomen Portille.
- (29) Markkinataloussijoittajaperiaatetta sovelletaan myös silloin, kun valtio ostaa maata tai muuta omaisuutta. Kauppaan saattaa sisältyä valtiontukea, jos sitä ei voida katsoa tavanomaiseksi kaupalliseksi liiketoimeksi. Vaikka viranomaisen ostaisi hyödykkeitä ja palveluja markkinahintaan, kauppaan voi silti sisältyä valtiontukea, jos ilmenee, että valtio ei itse asiassa tarvinnut kyseistä maata tai omaisuutta ⁽²⁾.
- (30) Suomen viranomaiset eivät tähän mennessä ole toimittaneet todisteita siitä, että kiinteistöt ostettiin markkinaehtojen mukaisesti (kuten riippumattoman asiantuntijan arviota kiinteistöistä). Tämän vuoksi komissio ei ole varma, noudattavatko kaupan ehdot markkinataloussijoittajaperiaatetta.

⁽¹⁾ Komission tiedonanto – Julkisten viranomaisten tekemiin maa-alueita ja rakennuksia koskeviin kauppoihin sisältyvistä tuista (EYVL C 209, 10.7.1997, s. 3); vrt. yksityistämistä koskevat 402–404 kohta, vuoden 1993 kilpailukertomus.

⁽²⁾ Asia T-14/96, Bretagne Angleterre Irlande (BAI) v. komissio (Kok. 1999, s. II-139, 71 kohta); yhdistetyt asiat T-116/01 ja T-118/01, P & O European Ferries (Vizcaya), SA ja Diputación Foral de Vizcaya v. komissio (Kok. 2003, s. II-02957, 114 kohta ja sitä seuraavat kohdat).

4.2.3 Maaliskuun 8 päivänä 2004 myönnetty takaus

- (31) Kyseisenä ajankohtana voimassa olleen takauksia koskevan tiedonannon ⁽³⁾ mukaan toimenpide voi olla valtiontukea, koska takaus kattoi lainan täysimääräisesti. Tämä päätelmä ei muuttuisi, jos sovellettaisiin nyt voimassa olevaa takaus-tiedonantoa ⁽⁴⁾. Takauksen myöntämistä omavelkaisena takauksena ilman takauspalkkiota, ts. taloudellisen riskin ottamista ilman vastiketta, ei voida katsoa markkinatoimijan käyttäytymiseksi, erityisesti siksi, että komissio katsoo yrityksen olleen vaikeuksissa kyseisenä ajankohtana (ks. edellä 22 kohta ja sitä seuraavat kohdat). Komissio epäilee tämän vuoksi, oliko kyseinen toimenpide markkinataloussijoittajaperiaatteen mukainen.

4.2.4 Toukokuun 10 päivänä 2004 myönnetty takaus

- (32) Suomen viranomaisten mukaan takaus on jatkoa rahoitukseen, jota Mikkelin kaupunki myönsi vuonna 2000 Tikkanen tuotantolaitokseen tehtävää investointia varten. Komission tietojen mukaan takaus myönnettiin kuitenkin uudelle lainalle (kaupunginvaltuuston päätös 10 päivänä toukokuuta 2004).
- (33) Näin ollen takaukseen voidaan soveltaa samoja perusteita kuin maaliskuussa 2004 myönnettyyn takaukseen. Ensinnäkin takaus voi olla valtiontukea kyseisenä ajankohtana voimassa olleen takauksia koskevan tiedonannon ja tällä hetkellä voimassa olevan tiedonannon mukaisesti, sillä takaus kattaa lainan täysimääräisesti. Takauksen myöntämistä omavelkaisena takauksena ilman takauspalkkiota ei voida katsoa markkinatoimijan käyttäytymiseksi erityisesti siksi, että komissio olettaa Järvi-Suomen Portin olleen vaikeuksissa jo tuolloin (ks. edellä 22 kohta ja sitä seuraavat kohdat). Komissiolla ei tämän vuoksi ole varmuutta siitä, oliko kyseinen toimenpide markkinataloussijoittajaperiaatteen mukainen.

4.2.5 Osakkeiden ostaminen Järvi-Suomen Portilta

- (34) Suomen viranomaiset väittävät, että Kiinteistö Oy Suksimäen osakkeet ostettiin Järvi-Suomen Portilta markkinahintaan. Ne viittaavat riippumattoman arvioijan lausuntoon, jonka mukaan osakkeiden arvo oli noin 1 miljoona euroa silloisen vuokratason perusteella. Arvoa tarkistettiin todellisen vuokratason perusteella, ja osakkeiden ostohinta oli sen vuoksi 860 000 euroa.
- (35) Kuten edellä 29 kohdassa todettiin, markkinataloussijoittajaperiaatetta sovelletaan myös silloin, kun valtio ostaa maata tai muuta omaisuutta. Tässä yhteydessä on ollen-naista, että osto tehtiin tavanomaisena kaupallisena liiketoimena. Suomen viranomaiset eivät ole tähän mennessä toimittaneet todisteita siitä, että osakkeet olisi ostettu markkinaehtojen mukaisesti. Komissio ei tämän vuoksi ole varma, oliko kyseinen toimenpide markkinataloussijoittajaperiaatteen mukainen.

⁽³⁾ Komission tiedonanto EY:n perustamissopimuksen 87 ja 88 artiklan soveltamisesta valtiontukiin takauksina (EYVL C 71, 11.3.2000, s. 14), 4.2. kohta.

⁽⁴⁾ Komission tiedonanto EY:n perustamissopimuksen 87 ja 88 artiklan soveltamisesta valtiontukiin takauksina (EYVL C 155, 20.6.2008, s. 10).

4.2.6 Jätevesimaksun alentaminen

- (36) Kolmas osapuoli väittää, että jätevesimaksun alentaminen oli yrityksen saamaa tukea. Saatavilla olevien tietojen mukaan Tikkanen tuotantolaitoksen oli maksettava korotettua jätevesimaksua 1 päivästä toukokuuta 2004 alkaen. Korotettua maksua sovellettiin teollisen jäteveden suuremman määrän vuoksi. Korotuksen määrä määritettiin jäteveden koostumuksen perusteella vuotuisessa tarkastuksessa. Tässä vaiheessa komissiolla ei ole tietoja, jotka osoittaisivat, etteikö vuositarkastuksia olisi tehty sovellettavien säännösten mukaisesti. Korotettu jätevesimaksu alennettiin tavanomaiseksi jätevesimaksuksi edellä mainitussa vesilaitoksen johdon päätöksessä. Komission käsityksen mukaan kyseistä vakiotariffia sovelletaan muihin yrityksiin Mikkelin kaupungissa. Tämän johdosta komissio katsoo tässä vaiheessa, että kyseinen alennus ei anna etua Järvi-Suomen Portille eikä sitä sen vuoksi katsota SEUT-sopimuksen 107 artiklan 1 kohdassa tarkoitetuksi valtiontueksi.

4.2.7 Velkojen alaskirjaus vuonna 2007

- (37) Mikkelin kaupunginhallituksen pöytäkirjan mukaan velkojen perintä siirrettiin lainopilliselle osastolle kun saatavat poistettiin kirjanpidosta. Tämä saattaa merkitä sitä, että toimenpide oli pelkästään kirjanpidollinen toimi. Koska Suomen viranomaiset eivät kommentoineet vuonna 2007 tehtyä velan alaskirjausta, ei ole kuitenkaan selvää, oliko toimenpide pelkästään kirjanpidollinen toimi vai luopuiko Mikkelin kaupunki kyseisestä velasta, ts. oikeudellinen velvollisuus maksaa velka takaisin päättyi. Jos oikeudellinen velvollisuus päättyi, velan alaskirjaus saattoi antaa edun Järvi-Suomen Portille ja on kyseenalaista, olisiko yksityinen markkinasijoittaja toiminut samalla tavoin.

4.2.8 Velkojen alaskirjaus vuoden 2008 tilinpäätöksestä

- (38) Suomen viranomaiset väittävät, että velkojen alaskirjaamisella ei ollut vaikutusta velkojen ja velallisen väliseen oikeussuhteeseen, sillä kyseessä oli kirjanpidollinen toimi, ja että Mikkelin kaupunki pyrki perimään tilinpäätöksestä poistetut velat takaisin. Komissiolla on epäilyjä tämän väitteen suhteen, sillä Suomen viranomaiset eivät toistaiseksi ole toimittaneet todisteita siitä, että Järvi-Suomen Portilla on edelleen oikeudellinen velvollisuus maksaa velkansa takaisin. Jos oikeudellinen velvollisuus päättyi, velan alaskirjaus antaisi edun Järvi-Suomen Portille ja on kyseenalaista, olisiko yksityinen markkinasijoittaja toiminut samalla tavoin.

4.2.9 Finnveran toteuttamat toimenpiteet

- (39) Ensinnäkin on arvioitava, onko toimenpide jäsenvaltion toteuttama tai toteutettiin se valtion varoilla. Jotta näin olisi, etuuden olisi oltava suoraan tai välillisesti valtion varoista myönnetty ja sen olisi oltava seurausta kyseisen jäsenvaltion toiminnasta. ⁽¹⁾ Koska Suomen valtio omistaa Finnveran kokonaan, komissio katsoo, että tämä edellytys täyttyy.

⁽¹⁾ Asia C-345/02, Pearl BV ym. v. Hoofdbedrijfscap Ambachten (Kok. 2004, s. I-7139, 35 kohta).

- (40) Järvi-Suomen Portin toimenpiteistä mahdollisesti saaman edun osalta Suomen viranomaiset väittävät, ettei yksikään Finnveran myöntämä toimenpide sisältänyt valtiontukea.

- (41) Lainojen osalta Suomen viranomaiset väittävät, että Finnveran myöntämät lainat eivät ole valtiontukea, sillä korko ylitti viitekorkon. Koska komissio katsoo, että Järvi-Suomen Portti on ollut vaikeuksissa oleva yritys ainakin vuoden 2004 alusta, komissiolla ei ole varmuutta siitä, ovatko merkitykselliset viitekorot ylittyneet. Lainojen myöntämisaikana sovelletun viitekorkotiedonannon ⁽²⁾ mukaan vaikeuksissa olevien yritysten viitekorkoa oli korotettava vähintään 400 peruspisteellä ⁽³⁾. Näyttää siltä, että lainojen korko oli alempi kuin kyseinen mainitulla perusteella laskettu korotettu viitekorko ⁽⁴⁾. Suomen viranomaiset väittävät lisäksi, ettei lainoihin liittynyt valtiontukea, koska ne myönnettiin samoin ehdoin, joita yksityiset velkojat soveltavat, ja että niihin liittyi huomattava riskinjakso valtion ja kaupallisten toimijoiden kesken. Tässä yhteydessä vakuudet jaettiin riskinoton suhteessa. Komissiolla ei ole kuitenkaan toimitettu yksityiskohtaisempia tietoja yksityisten velkojen myöntämisestä lainoista, kuten päivämääristä, lainamääristä, ehdoista ja vakuuksista. Tämän vuoksi komissio ei ole varma, ovatko lainat yksityisen markkinasijoittajaperiaatteen mukaisia.

- (42) Kuten edellä mainittiin, Suomen viranomaiset väittävät, että Finnveran myöntämät takaukset eivät olleet valtiontukea, ja viittaavat Finnveran takausohjelmiin, joista ilmoitettiin komissiolle 21 päivänä kesäkuuta 2000 päivätyllä kirjeellä. Suomen viranomaiset eivät kuitenkaan selittäneet, kuinka Finnveran takausohjelmia koskevat tiedot osoittaisivat, että Järvi-Suomen Portille myönnettyihin takauksiin ei sisälly valtiontukea. Näyttää siltä, että takaukset, jotka myönnettiin suurelle yritykselle sen jo ollessa vaikeuksissa, eivät kuulu näiden ohjelmien piiriin. Jos toimenpiteet myönnettiin voimassa olevan tukiohjelman ulkopuolella ja kun otetaan huomioon, että Järvi-Suomen Portti oli vaikeuksissa takauksen myöntämisaikana, komissiolla on epäilyksiä sen suhteen, voisivatko takaukset olla markkinataloussijoittajaperiaatteen mukaiset.

4.2.10 Valtiontuen olemassaoloa koskevat päätelmät

- (43) Edellä olevien seikkojen perusteella komissio katsoo, että Mikkelin kaupungin toteuttamat toimenpiteet, joita olivat tontin luovuttaminen, maa-alueen ja osakkeiden osto, takaukset ja velkojen poistaminen, antoivat tuensaajalle mahdollisesti sellaista etua, jota se ei olisi saanut tavanomaisissa markkinaolosuhteissa. Jätevesimaksujen alentamiseen

⁽²⁾ Komission tiedonanto viite- ja diskonttokorkojen vahvistamismenettelystä (EYVL C 273, 9.9.1997, s. 3).

⁽³⁾ '... viitekorko, joka on tällä tavoin määritelty, on alin käytetty korko ja sitä voidaan korottaa tilanteissa, joissa on erityinen riski (esimerkiksi vaikeuksissa oleva yritys tai pankkien yleensä vaatimat vakuudet puuttuvat). Tällaisissa tapauksissa premio voi olla 400 pistettä tai enemmän, jos mikään yksityinen pankki ei myöntäisi kyseessä olevaa lainaa.'

⁽⁴⁾ Esimerkiksi 12.1.2006 myönnetty laina: 6 kk:n euribor + 2 %-yksikköä oli yhteensä 4,661 %, kun taas viitekorko + 400 peruspistettä oli 7,7 %; 6.7.2007 myönnetty laina: 6 kk:n euribor + 2,5 %-yksikköä oli yhteensä 6,597 %, kun taas viitekorko + 400 peruspistettä oli yhteensä 8,62 %.

ei kuitenkaan näytä liittyvän tällaista etua. Lisäksi näyttää siltä, että kyseiset toimenpiteet rahoitettiin valtion varoista, sillä Mikkelin kaupunki rahoitti ne suoraan omista varoistaan. Lisäksi ne olivat valikoivia, koska ne rajoituivat Järvi-Suomen Porttiin. Nämä valikoivat avustukset olivat omiaan vääristämään kilpailua ja vaikuttamaan jäsenvaltioiden väliseen kauppaan, sillä ne antavat yritykselle edun niihin kilpailijoihin nähden, jotka eivät saa tällaista tukea. Tuen-saaja toimii lihatuotteisiin liittyvän kaupan alalla, jolla käydään jäsenvaltioiden välillä kauppaa.

- (44) Finnveran myöntämien lainojen ja takausten osalta komissio katsoo alustavasti, että ne ovat seurausta valtion toiminnasta ja antavat tuensaajalle sellaisen edun, jota tämä ei olisi saanut tavanomaisissa markkinaolosuhteissa. Lisäksi ne täyttävät muut SEUT-sopimuksen 107 artiklan 1 kohdan mukaiset kriteerit. Mikkelin kaupungin myöntämien toimenpiteiden tapaan ne olivat valikoivia ja todennäköisesti vääristävät kilpailua ja vaikuttavat jäsenvaltioiden väliseen kauppaan.

4.3 Valtiontukitoimenpiteiden soveltuvuus sisämarkkinoille

- (45) Valtiontukitoimenpiteiden voidaan katsoa soveltuvan sisämarkkinoille SEUT-sopimuksen 107 artiklan 2 ja 3 kohdassa määrättyjen poikkeusten nojalla.

4.3.1 Tontin luovuttaminen vuonna 200 ja maa-alueen ostaminen vuonna 2002

- (46) Järvi-Suomen Portti sijaitsee Itä-Suomessa, joka vuosina 2000 ja 2002 oli SEUT-sopimuksen 107 artiklan 3 kohdan a alakohdan mukainen aluetukikelpoinen alue. Komissiolle ei tähän mennessä ole toimitettu riittäviä tietoja siitä, voitaisiinko tontin luovuttaminen vuonna 2000 tai maa-alueen ostaminen vuonna 2002 katsoa aluetukisääntöjen mukaiseksi, eikä myöskään ole selvää, soveltuisiko tuki sisämarkkinoille jollakin muulla perusteella.

4.3.2 Maaliskuun 8 päivänä ja 10 päivänä toukokuuta 2004 myönnettyt takaukset

- (47) Vuonna 2004 myönnettyjen takausten osalta oletetaan, että yritys oli vaikeuksissa takausten myöntämisaikankohdasta (ks. edellä 22 kohta ja sitä seuraavat kohdat). Vaikeuksissa olevalle yritykselle myönnetyn tuen olisi täytettävä pelastamis- ja rakenneuudistustukea koskevien vuoden 1999 suuntaviivojen edellytykset. Komissiolle ei tähän mennessä ole toimitettu riittäviä tietoja, joiden perusteella se voisi määrittää, täytyvätkö suuntaviivoissa vahvistetut vaatimukset. Jos katsottaisiin, että yritys ei ollut vaikeuksissa silloin, kun takaukset myönnettiin, olisi arvioitava, soveltuisivatko takaukset sisämarkkinoille jollakin muulla perusteella.

4.3.3 Osakkeiden ostaminen Järvi-Suomen Portilta ja velkojen poistaminen vuosina 2007 ja 2008

- (48) Vuonna 2005 suoritetun osakkeiden oston ja vuosina 2007 ja 2008 tehdyn velkojen poistamisen osalta tukitoi-

menpiteiden soveltuvuutta sisämarkkinoille arvioitaisiin pelastamis- ja rakenneuudistustukea koskevien vuoden 2004 suuntaviivojen mukaisesti, sillä komissio olettaa, että yritys oli vaikeuksissa toimenpiteiden toteutusajankohtana. Komissiolle ei tähän mennessä ole toimitettu riittäviä tietoja, joiden perusteella se voisi määrittää, täytyvätkö suuntaviivoissa vahvistetut vaatimukset. Jos katsottaisiin, että yritys ei ollut vaikeuksissa silloin, kun toimenpide toteutettiin, olisi arvioitava, soveltuisiko toimenpide sisämarkkinoille jollakin muulla perusteella.

4.3.4 Finnveran toteuttamat toimenpiteet

- (49) Finnveran vuosina 2004–2008 toteuttamien toimenpiteiden osalta on otettava huomioon, että Järvi-Suomen Portin katsotaan olleen pelastamis- ja rakenneuudistustukea koskevissa vuosien 2004 ja 1999 suuntaviivoissa tarkoitettu vaikeuksissa oleva yritys toimenpiteiden toteutusajankohdasta. Näin ollen korkotuetun lainan tai takauksen muodossa myönnetyn tuen soveltuvuutta sisämarkkinoille olisi arvioitava mainittujen suuntaviivojen perusteella. Komissiolle ei tähän mennessä ole toimitettu riittäviä tietoja, joiden perusteella se voisi määrittää, täytyvätkö suuntaviivoissa vahvistetut vaatimukset. Jos katsottaisiin, että yritys ei ollut vaikeuksissa silloin, kun toimenpide toteutettiin, olisi arvioitava, soveltuisiko toimenpide sisämarkkinoille jollakin muulla perusteella.

5. PÄÄTELMÄT

- (50) Edellä esitetyn perusteella komissio on päättänyt laajentaa SEUT-sopimuksen 108 artiklan 2 kohdan mukaista muodollista tutkintamenettelyä, joka koskee kyseisiä toimenpiteitä.

PÄÄTÖS

Ottaen huomioon edellä esitetyn komissio kehottaa Suomea SEUT-sopimuksen 108 artiklan 2 kohdassa tarkoitetun menettelyn mukaisesti esittämään huomautuksensa ja toimittamaan kaikki tuen arvioimiseksi tarpeelliset tiedot kuukauden kuluessa tämän kirjeen vastaanottamisesta. Tietoihin olisi sisällyttävä erityisesti:

- vuonna 2000 Tikkalan tuotantolaitosta varten tehty tontin luovutusta koskevat ehdot ja asiaan liittyvät asiakirjat; Mikkelin kaupungin toteuttamaa kunnallistekniikan rakentamista ja muita teknisiä töitä koskevat ehdot ja asiaan liittyvät asiakirjat;
- vuonna 2002 toteutetun maa-alueen oston ehdot ja asiaan liittyvät asiakirjat; tiedot siitä, ostettiinko maa-alue markkinaehtojen mukaisesti;
- lisätiedot Tapiolan vuonna 2004 myöntämistä lainoista ja Mikkelin kaupungin niiden vakuudeksi myöntämistä takauksista;
- Järvi-Suomen Portilta vuonna 2005 ostettujen osakkeiden ostoa koskevat ehdot ja asiaan liittyvät asiakirjat; tiedot siitä, ostettiinko kiinteistöt markkinaehtojen mukaisesti;

- asiakirjat, jotka koskevat vaikutusta, joka velkojen alaskirjaamisella vuosina 2007 ja 2008 oli oikeudelliseen velvollisuuteen maksaa kyseiset velat takaisin; tiedot siitä, pyrkiikö Mikkelin kaupunki perimään kyseiset velat takaisin, ja asiaa koskevat asiakirjat; lyhyt kuvaus velkojen alaskirjaamisen ja saneerausohjelman välisestä suhteesta;
- yksityiskohtaiset tiedot lainoista, jotka yksityiset velkojat myönsivät Finnveran kanssa vuosina 2006 ja 2007, erityisesti myöntämispäivä, määrä, korko ja vakuudet, jotta komissio voi arvioida, myönnettiinkö lainat samoin ehdoin, joita yksityiset velkojat soveltavat;
- Finnveran vuosina 2004, 2006 ja 2008 myöntämien takausten oikeudellinen perusta; tiedot siitä, myönnettiinkö takaukset yhdessä yksityisten osapuolten kanssa ja jos näin tapahtui, yksityisten osapuolten myöntämien takausten ehdot;
- selvitys rahoituksesta, jonka turvin Järvi-Suomen Portti kykeni maksamaan noin miljoonan euron velkansa veroviranomaisille kesällä 2009 ja asiaan liittyvät asiakirjat.

Komissio kehottaa Suomen viranomaisia toimittamaan välittömästi jäljennöksen tästä kirjeestä mahdolliselle tuensaajalle.

Komissio muistuttaa Suomea SEUT-sopimuksen 108 artiklan 3 kohdan lykkäävästä vaikutuksesta ja viittaa neuvoston asetuksen (EY) N:o 659/1999 14 artiklaan, jossa säädetään, että kaikki sääntöjenvastainen tuki voidaan periä tuensaajalta takaisin.

Komissio ilmoittaa Suomelle tiedottavansa asiasta asianomaisille julkistamalla tämän kirjeen ja julkaisemalla tiivistelmän siitä *Euroopan unionin virallisessa lehdessä*. Komissio tiedottaa asiasta myös ETA-sopimuksen allekirjoittaneiden EFTA-maiden asianomaisille julkaisemalla tiedonannon *Euroopan unionin virallisen lehden* ETA-täydennysosassa sekä EFTA:n valvontaviranomaiselle lähettämällä sille jäljennöksen tästä kirjeestä. Kaikkia asianomaisia kehoitetaan esittämään huomautuksensa kuukauden kuluessa julkaisupäivästä.“

WORTLAUT DES SCHREIBENS

„Kommissionen vill underrätta Finland om att den, efter att ha granskat uppgifter som tillhandahållits av era myndigheter om det ovannämnda stödet, har beslutat att utvidga det förfarande som anges i artikel 108.2 i EUF-fördraget ⁽¹⁾).

1. FÖRFARANDE

- (1) De finska myndigheterna anmälde undsättningsstöd till andelslaget Järvi-Suomen Portti Osuuskunta (nedan kallat Järvi-Suomen Portti) den 15 januari 2009 (statligt stödärende N 19/2009). Vid den preliminära granskningen av anmälan väcktes tvivel på att den anmälda åtgärden var

förenlig med den inre marknaden. Den 8 april 2009 inledde kommissionen därför det formella granskningsförfarandet i fråga om de anmälda åtgärder och flera tidigare åtgärder. I en skrivelse av den 13 maj 2009 lämnade de finska myndigheterna ytterligare upplysningar.

- (2) Beslutet om att inleda en formell granskning offentliggjordes i Europeiska unionens officiella tidning av den 13 juni 2009 ⁽²⁾. Kommissionen uppmanade berörda parter att lämna synpunkter på åtgärder i fråga och en tredje part lämnade upplysningar den 13 juli 2009. Den 31 juli 2009 uppmanade kommissionen de finska myndigheterna att lämna synpunkter på upplysningarna, vilket de gjorde i en skrivelse av den 28 augusti 2009. De finska myndigheterna lämnade ytterligare upplysningar i ett e-brev av den 3 november 2009.

2. STÖDMOTTAGARE

2.1 Andelslaget Järvi-Suomen Portti

- (3) Andelslaget Järvi-Suomen Portti ligger i S:t Michel och har produktionsanläggningar i S:t Michel och Kouvola, som båda ligger i östra Finland, som är berättigat till regionalstöd enligt artikel 107.3 c i EUF-fördraget. Kooperativet bildades ursprungligen 1914. År 1949 ändrades namnet till Osuusteurastamo Karjaportti och 2003 till Järvi-Suomen Portti. I dag har Järvi-Suomen Portti 300 fast anställda och dessutom 100–120 säsongsanställda under våren och sommaren.
- (4) Järvi-Suomen Portti är verksamt inom livsmedelstillverkning, närmare bestämt inom bearbetning av kött till t.ex. köttbullar och korv. Dessutom säljer andelslaget förpackat kött, köttbitar och slaktkroppar. Järvi-Suomen Portti exporterar mycket lite till andra medlemsstater. Under 2008 uppgick värdet av exporten till andra medlemsstater till 0,5 miljoner euro.

2.2 Den ekonomiska situationen för Järvi-Suomen Portti

- (5) Sedan den 1 december 2004 är Järvi-Suomen Portti föremål för ett saneringsförfarande enligt den finska lagen om företagssanering (1993/47). Saneringen övervakas av domstol. Saneringsprogrammet, som bland annat föreskrev att en del av Järvi-Suomen Porttis skulder till privata och offentliga fordringsägare skulle skrivas ned och läggas om, godkändes av tingsrätten i S:t Michel den 30 januari 2006. Saneringsprogrammet gällde i tio år (till den 1 juli 2015). Mellan 2004 och 2008 har Järvi-Suomen Portti sagt upp 372 anställda och lagt ut en del av sin verksamhet på underleverantörer, bland annat inköp, slakt och styckning.
- (6) Företaget var i svårigheter innan saneringsförfarandet inleddes. Enligt de balansräkningar som de finska myndigheterna lämnat uppgick Järvi-Suomen Porttis förluster till 6 miljoner euro under 2003 och 10,7 miljoner euro

⁽¹⁾ Med verkan från och med den 1 december 2009 har artiklarna 87 och 88 i EG-fördraget omnumrerats till artiklarna 107 och 108 i EUF-fördraget. Innehållet i bestämmelserna är dock i sak oförändrat. I detta beslut ska hänvisningar till artiklarna 107 och 108 i fördraget om Europeiska unionens funktionssätt (FEUF) i förekommande fall uppfattas som hänvisningar till artiklarna 87 och 88 i EG-fördraget.

⁽²⁾ EUT C 134, 13.6.2009, s. 16.

under 2004. Omsättningen minskade. Dessutom förefaller Järvi-Suomen Portti inte ha kunnat betala sina skulder under 2004 ⁽¹⁾.

- (7) Företaget hade fortsatta svårigheter under den sanering som övervakades av domstol. Under 2005 uppgick Järvi-Suomen Porttis förlust till 9,2 miljoner euro. Under 2006 gjorde företaget en nettovinst på 4,3 miljoner euro, även om underskottet före extraordinära poster uppgick till 4,5 miljoner euro ⁽²⁾. Under 2007 gick man åter med förlust, denna gång med 7,9 miljoner euro och 2008 uppgick förlusten till 2,8 miljoner euro. Dessutom har omsättningen stadigt minskat sedan 2003, från 128 miljoner euro år 2003 till 81 miljoner euro år 2008.

- (8) Under 2008 lämnade de finska skattemyndigheterna två gånger in en konkursansökan mot Järvi-Suomen Portti. I sin första konkursansökan den 7 oktober 2008 begärde skattemyndigheterna ett betalningsföreläggande på 461 578,74 euro. Skattemyndigheterna drog sedan tillbaka sin konkursansökan. En ny konkursansökan lämnades in den 1 december 2008 med en begäran om betalningsföreläggande på 981 658,16 euro. Enligt massmedia avslutades konkursförfarandet mot Järvi-Suomen Portti i juni 2009, eftersom andelslaget enligt uppgift har betalat sina skatteskulder.

3. BESKRIVNING AV ÅTGÄRDERNA

- (9) Efter beslutet om att inleda det formella granskningsförfarandet fick kommissionen uppgifter som tydde på att Järvi-Suomen Portti blivit föremål för nya åtgärder. Dessa uppgifter kom dels från tredje part den 13 juli 2009, dels från de finska myndigheternas inlagor av den 13 maj 2009 och den 28 augusti 2009. Åtgärderna hade beviljats utöver de åtgärder som ingick i beslutet om att inleda ett förfarande av den 8 april 2009 och de beskrivs nedan.

3.1 Åtgärder som vidtogs av S:t Michels stad

3.1.1 Överlåtelse av mark

- (10) År 2000 överlät S:t Michels landskommun till Järvi-Suomen Portti en tomt för byggandet av produktionsanläggningen i Tikkala ⁽³⁾. Stadens myndigheter stod för det kommunala anläggningsarbetet i området och åtog sig att genomföra andra nödvändiga tekniska arbeten, t.ex. schaktning och avjämning och stå för andra kostnader till förmån för Järvi-Suomen Portti. Dessutom förefaller S:t Michels stad ha tillhandahållit tomten, de kommunala anläggningsarbetena och andra nödvändiga tekniska arbeten utan något ekonomiskt bidrag från Järvi-Suomen Portti, dvs. utan att företaget betalade något anskaffningspris.

⁽¹⁾ Enligt protokollet från ett möte i stadsfullmäktige den 8 mars 2004 hade Järvi-Suomen Portti börjat omstrukturera sina skulder tidigare under året och begärt att stadsfullmäktige i S:t Michel skulle godkänna att avbetalningarna för 2004 skulle föras över till 2005 för det lån som beviljats 2000 och garanterats av S:t Michels stad (stadsfullmäktige godkände företagets begäran).

⁽²⁾ Extraordinära poster (troligen försäljning av mark eller företag) uppgick till 9 miljoner euro.

⁽³⁾ S:t Michels landskommun uppgick i S:t Michels stad 2001.

3.1.2 Markförvärv

- (11) År 2002 köpte S:t Michels stad sex fastigheter och en byggnad med tillhörande hyror från Järvi-Suomen Portti. Det totala anskaffningspriset var omkring 7 miljoner euro.

3.1.3 Garanti beviljad den 8 mars 2004

- (12) Genom ett beslut av den 8 mars 2004 beviljade S:t Michels stadsfullmäktige en absolut garanti för ett lån på 607 054,55 euro beviljat av Tapiolagruppen (nedan kallad Tapiola). Garantin täckte 100 % av det tioåriga lånet. Lånet och garantin ersatte ett lån från Tapiola för vilket S:t Michels stad ursprungligen hade beviljat en garanti genom ett beslut av den 2 november 1992. Garantin beviljades utan provision och i form av en absolut garanti, vilket innebär att garantigivaren är ansvarig för lånebeloppet på samma villkor som för ett eget lån. Det betyder att ford-ringsägaren kan begära att garantigivaren återbetalar lånebeloppet när lånet förfaller till betalning.

3.1.4 Garanti beviljad den 10 maj 2004

- (13) År 2004 beviljade Tapiola Järvi-Suomen Portti ett treårigt investeringslån på 1,7 miljoner euro. Genom ett beslut av den 10 maj 2004 beviljade S:t Michels stadsfullmäktige en absolut garanti för 100 % av lånet utan provision.

3.1.5 Förvärv av aktier från Järvi-Suomen Portti

- (14) Den 2 september 2005 sålde Järvi-Suomen Portti 50 % av aktierna i fastighetsbolaget Kiinteistö Oy Suksimäki till ett företag som ägs av S:t Michels stad för 860 000 euro.

3.1.6 Sänkning av avloppsavgiften

- (15) Den 24 januari 2007 sänktes avloppsavgiften för Järvi-Suomen Porttis produktionsanläggningar genom ett beslut av vattennämnden i St. Michels stad.

3.1.7 Avskrivning av skulder 2007

- (16) Genom ett beslut av den 5 februari 2007 enades S:t Michels stadsstyrelse om att i bokslutet för 2006 skriva av en fordran på Järvi-Suomen Portti på 274 022,93 euro och överförde återkravs-förfarandet till den juridiska avdelningen.

3.1.8 Avskrivning av skulder i årsredovisningen för 2008

- (17) Enligt de finska myndigheternas uppgifter skrev St. Michels stad av en osäker fordran på Järvi-Suomen Portti på 5,7 miljoner euro i sitt bokslut för 2008.

3.2 Åtgärder som vidtogs av Finnvera

- (18) Enligt de finska myndigheternas uppgifter beviljade Finnvera Oyj ⁽⁴⁾ (nedan kallat Finnvera) flera lån och garantier till Järvi-Suomen Portti under åren 2004–2008.

⁽⁴⁾ Finnvera är ett statligt specialfinansieringsbolag, som tillhandahåller finansiella tjänster för att främja och utveckla näringsverksamhet, särskilt till små och medelstora företag. Finnvera ska också främja och utveckla exporten och företagets internationalisering. Den rättsliga grunden för Finnvera är lagen om statens specialfinansieringsbolag av den 18 juli 1998 (443/1998).

(19) År 2006 och 2007 beviljades följande lån:

- 12 januari 2006 beviljade Finnvera Järvi-Suomen Portti ett lån på 180 000 euro till en ränta på Euribor 6 månader + 2 % per år.
- Den 6 juli 2007 beviljade Finnvera Järvi-Suomen Portti ett lån på 250 000 euro till en ränta på Euribor 6 månader + 2,5 % per år.

(20) År 2004, 2006 och 2008 beviljades följande garantier:

- Den 17 mars 2004 beviljade Finnvera en garanti för 100 % av ett lån på 91 000 euro med en avgift på 3 % per år.
- Den 14 september 2006 beviljade Finnvera en garanti för ett lån på 300 000 euro med en avgift på 1,65 % per år. Garantin täckte [10–20] (*) % av ett lån på [1,5–2,2] miljoner euro.
- Den 9 januari 2008 beviljade Finnvera en garanti för ett lån på 280 000 euro med en avgift på 2,5 % per år. Garantin täckte [75–85] % av ett lån på [300 000–400 000] euro.

4. BEDÖMNING

(21) För att kunna bedöma om de åtgärder som beskrivs ovan utgör statligt stöd i den mening som avses i artikel 107 i EUF-fördraget (se punkt 4.2 nedan) och om stödet i sådana fall är förenligt (se punkt 4.3 nedan), är det nödvändigt att fastställa den tidpunkt, då Järvi-Suomen Portti konstaterades vara ett företag i svårigheter (se punkt 4.1 nedan).

4.1 Företag i svårigheter

(22) Enligt riktlinjerna för statligt stöd till undsättning och omstrukturering av företag i svårigheter ⁽¹⁾ (nedan kallade *undsättnings- och omstruktureringsriktlinjerna från 2004*) är ett företag i svårigheter ett företag som inte kan hejda förluster som utan offentliga myndigheters ingripande innebär att företaget nästan säkert är dömt att försvinna från marknaden på kort eller medellång sikt. I riktlinjerna för undsättnings- och omstrukturingsstöd från 2004 fastställs vissa förhållanden under vilka ett företag kan antas vara i svårigheter. En liknande definition fanns i de tidigare riktlinjerna för statligt stöd till undsättning och omstrukturering av företag i svårigheter ⁽²⁾ (nedan kallade *undsättnings- och omstrukturingsriktlinjerna från 1999*). De riktlinjerna ersattes med undsättnings- och omstrukturingsriktlinjerna från 2004, som trädde i kraft den 10 oktober 2004.

(*) Affärshemlighet

⁽¹⁾ Gemenskapens riktlinjer för statligt stöd till undsättning och omstrukturering av företag i svårigheter, EUT C 244, 1.10.2004, s. 2, förlängda genom kommissionens meddelande om förlängd giltighet för gemenskapens riktlinjer om statligt stöd för undsättning och omstrukturering av företag i svårigheter, EUT C 156, 9.7.2009, s. 3.

⁽²⁾ Gemenskapens riktlinjer för statligt stöd till undsättning och omstrukturering av företag i svårigheter (EGT C 288, 9.10.1999, s. 2).

(23) I beslutet om att inleda ett förfarande fann kommissionen att Järvi-Suomen Portti förefaller ha varit ett företag i svårigheter sedan den sanering som övervakas av domstol inleddes den 1 december 2004 ⁽³⁾. Enligt de uppgifter som de finska myndigheterna lämnade efter det att beslutet om att inleda ett förfarande hade antagits hade företaget ekonomiska problem redan tidigare (se punkt 5 och följande ovan). Med beaktande av att Järvi-Suomen Portti gått med förlust sedan 2003, haft en minskande omsättning och inte kunde betala sina skulder under 2004, och med tanke på att företags situation var fortsatt svår medan det domstolsövervakade saneringsförfarandet pågick och att de finska skattemyndigheterna inledde två konkursförfaranden mot företaget under 2008, utgår kommissionen preliminärt från att Järvi-Suomen Portti åtminstone sedan början av 2004 har uppfyllt villkoren i undsättnings- och omstrukturingsriktlinjerna från 2004 respektive 1999. Företaget kan därför betraktas som ett företag i svårigheter åtminstone sedan början av 2004.

4.2 Förekomst av statligt stöd

(24) Enligt artikel 107.1 i EUF-fördraget är stöd som ges av en medlemsstat eller med hjälp av statliga medel, av vilket slag det än är, som snedvrider eller hotar att snedvrider konkurrensen genom att gynna vissa företag eller viss produktion, oförenligt med den inre marknaden i den utsträckning det påverkar handeln mellan medlemsstaterna.

(25) Den preliminära bedömningen inriktas i första hand på frågan om de lån och garantier som St. Michels stad och Finnvera beviljat har gett Järvi-Suomen Portti förmåner som företaget inte skulle ha kunnat få under normala marknadsvillkor. Kommissionen måste därför analysera åtgärderna mot bakgrund av principen om en privat investerare i en marknadsekonomi, särskilt med tanke på att gällande de flesta åtgärder finska myndigheterna har hävdat att man har följt denna princip.

4.2.1 Överlåtelse av mark

(26) De finska myndigheterna förnekar inte att mark överläts till Järvi-Suomen Portti. Myndigheterna lämnade inte några ytterligare upplysningar om denna transaktion, t.ex. om det pris som Järvi-Suomen Portti betalade, datum för överlåtelsen, värdering av tomten, uppgifter om övriga kostnader för de nödvändiga tekniska arbetena på tomten eller kostnaderna för kommunala anläggningsarbeten. I protokollet från ett sammanträde i St. Michels stadsfullmäktige anges i stället att stadsstyrelsen i november 1999 föreslog Järvi-Suomen Porttis styrelse att 'staden är beredd att anvisa den nödvändiga tomten, förberedd för byggnation och med anslutning till kommunal service, utan krav på motprestation'. I juni 2000 godkändes förslaget av St. Michels stadsfullmäktige.

(27) Myndigheters överlåtelse av mark och byggnader kan anses ha skett utan stöd under förutsättning att villkoren i

⁽³⁾ Enligt saneringsprogrammet (punkt 4.2 och punkt 10.2) skulle Järvi-Suomen Portti sannolikt ha gått i konkurs om inte den sanering som övervakas av domstol hade inletts, eftersom andelslaget hade dålig betalningsförmåga, lönsamhet och likviditet.

kommissionens meddelande⁽¹⁾ om sådan överlåtelse är uppfyllda. Enligt detta meddelande anses en överlåtelse av mark och byggnader som skett efter ett vederbörligen offentliggjort, öppet och villkorslöst anbudsförfarande eller en oberoende expertvärdering inte innefatta inslag av statligt stöd. Om något av dessa villkor är uppfyllt kan överlåtelser anses ha skett till marknadspris. I detta skede ställer sig kommissionen tveksam till om det betalats ett marknadspris, eftersom marken, förberedd för byggnation och med anslutning till kommunal service, anvisats till Järvi-Suomen Portti utan krav på motprestation. Den är följaktligen tveksam till om överlåtelser skett i enlighet med principen om en privat investerare som verkar under normala marknadsekonomiska förhållanden.

4.2.2 Markförvärv

- (28) Enligt de finska myndigheterna sammanhängde köpet av fastigheter 2002 med byggandet av produktionsanläggningen i Tikkala som Järvi-Suomen Portti behövde medel till. De finska myndigheterna hävdar att fastigheterna förvärvades till marknadspris. Den tredje parten hävdade att markförvärvet hade skett på för Järvi-Suomen Portti förmånliga villkor.
- (29) Principen om en privat investerare som verkar under normala marknadsekonomiska förhållanden är även tillämplig på statliga förvärv av mark och andra tillgångar. Om detta slags statliga förvärv inte kan anses utgöra en normal kommersiell transaktion kan de anses innefatta statligt stöd. Även i det fall ett offentligt organ förvärvar varor och tjänster till marknadspris kan det vara frågan om statligt stöd om det skulle visa sig att staten inte hade ett faktiskt behov av marken eller tillgångarna i fråga⁽²⁾.
- (30) Hittills har de finska myndigheterna inte framlagt någon bevisning för att förvärven av fastigheterna skett på marknadsvillkor, enligt en oberoende experts värdering av fastigheterna. Kommissionen är tveksam till om förvärvet skett i enlighet med principen om en privat investerare som verkar under normala marknadsekonomiska förhållanden.

2.2.3 Den garanti som beviljades den 8 mars 2004

- (31) Enligt det tillkännagivande om statliga garantier⁽³⁾ som gällde vid den tidpunkten, kan åtgärden utgöra statligt stöd eftersom garantin täckte 100 % av lånet i fråga. Denna slutsats påverkas inte av det nya tillkännagivande om statliga garantier som nyligen trädde i kraft⁽⁴⁾. Att bevilja garantin i form av en absolut garanti utan avgift,

dvs. att i praktiken ta en ekonomisk risk utan någon motprestation, kan dessutom inte anses vara ett normalt beteende för en privat marknadsaktör, i synnerhet då kommissionen anser att företaget var i svårigheter vid den tidpunkten (se punkt 22 och följande). Kommissionen tvivlar därför på att åtgärden i fråga är förenlig med principen om en privat investerare i en marknadsekonomi.

4.2.4 Den garanti som beviljades den 10 maj 2004

- (32) De finska myndigheterna anser att denna garanti utgör en fortsättning på den finansiering som produktionsanläggningen i Tikkala fick av St Michels stad år 2000. Enligt de uppgifter som kommissionen har tillgång till beviljades emellertid garantin för ett nytt lån (stadsfullmäktiges beslut av den 10 maj 2004).
- (33) Detta innebär att det är möjligt att föra samma resonemang som när det gäller den garanti som beviljades i mars 2004. För det första kan garantin anses utgöra statligt stöd i enlighet med både det tillkännagivande om statliga garantier som gällde vid den aktuella tidpunkten och det som gäller i dagsläget, eftersom garantin täcker lånet i fråga till 100 %. Dessutom kan beviljandet av en garanti i form av en absolut garanti utan avgift inte anses vara ett normalt beteende för en marknadsaktör, i synnerhet som kommissionen anser att Järvi-Suomen Portti var i svårigheter redan då (se punkt 22 och följande). Kommissionen tvivlar därför på att åtgärden i fråga är förenlig med principen om en privat investerare i en marknadsekonomi.

4.2.5 Förvärv av aktier från Järvi-Suomen Portti

- (34) De finska myndigheterna hävdar att aktierna i fastighetsbolaget Kiinteistö Oy Suksimäki förvärvades av Järvi-Suomen Portti till marknadspris. De hänvisar till en oberoende värderingsmans uppskattning enligt vilken aktierna skulle vara värda ca 1 miljon euro vid det då rådande ränteläget. Detta värde har därefter anpassats till det förändrade ränteläget, vilket ledde till ett pris på 860 000 euro för aktierna.
- (35) Såsom anges i punkt 29 är principen om en privat investerare i en marknadsekonomi även tillämplig på statliga förvärv av mark och andra tillgångar. Av denna anledning är det viktigt att förvärvet kan anses vara en normal kommersiell transaktion. De finska myndigheterna har hittills inte kunnat lämna någon bevisning för att aktieförvärvet i fråga skett på marknadsmässiga villkor. Kommissionen tvivlar därför på att åtgärden i fråga är förenlig med principen om en privat investerare i en marknadsekonomi.

4.2.6 Sänkning av avloppsavgiften

- (36) Den tredje parten hävdar att sänkningen av avloppsavgiften utgör ett stöd till företaget. Enligt tillgängliga uppgifter hade produktionsanläggningen i Tikkala fått betala en högre avloppsavgift sedan den 1 maj 2004. Denna ökning berodde på en hårdare försmutsning av det industriella avloppsvattnet. Storleken på ökningen fastställdes på grundval av den årliga inspektionen av avloppsvattnets sammansättning. Kommissionen har inte i detta skede någon indikation på att de årliga inspektionerna inte

⁽¹⁾ Kommissionens meddelande om inslag av stöd vid statliga myndigheters försäljning av mark och byggnader (97/C 209/03). Se även 1993 års konkurrensrapport (privatisering) punkterna 402–404.

⁽²⁾ Mål T-14/96 Bretagne Angleterre Irlande (BAI) mot kommissionen, REG 1999, s. I I-139, punkt 71. De förenade målen T-116/01 och T-118/01, P & O European Ferries (Vizcaya), SA och Diputación Foral de Vizcaya mot kommissionen, REG 2003, s. II-02957, punkt 114 och följande.

⁽³⁾ Punkt 4.2 i kommissionens tillkännagivande om tillämpningen av artiklarna 87 och 88 i EG-fördraget på statligt stöd i form av garantier, EUT C 71, 20.6.2008, s. 14.

⁽⁴⁾ Kommissionens tillkännagivande om tillämpningen av artiklarna 87 och 88 i EG-fördraget på statligt stöd i form av garantier, EUT C 155, 20.6.2008, s. 10.

genomfördes i enlighet med tillämpliga bestämmelser. Efter att ha ökats sänktes sedan avloppsavgiften till standardavgiften genom det ovan nämnda beslutet av vattennämnden. Enligt vad kommissionen erfar tillämpas denna standardavgift för andra företag i S:t Michels stad. Kommissionen anser således i det här skedet att sänkningen inte medfört någon fördel för Järvi-Suomen Portti och den kommer därför inte att betrakta sänkningen som ett statligt stöd i den mening som avses i artikel 107.1 i EUF-fördraget.

4.2.7 Avskrivning av skulder 2007

- (37) Enligt protokollet från S:t Michels stadsstyrelse överfördes återkravsförfarandet till den juridiska avdelningen när fordran avskrevs. Detta skulle kunna tyda på att det endast rörde sig om en rent bokföringsmässig åtgärd. Eftersom de finska myndigheterna inte kommenterade avskrivningen av fordran 2007 är det dock inte helt klart om åtgärden endast är av rent bokföringsmässig art eller om S:t Michels stad även efterskänkte skulden, dvs. om den lagliga skyldigheten att betala tillbaka skulden upphörde. Om den lagliga återbetalningsskyldigheten upphört innebär detta att Järvi-Suomen Portti har fått en fördel till följd av skuldavskrivningen och det är tveksamt om en privat investerare i en marknadsekonomi skulle ha handlat på detta sätt.

4.2.8 Avskrivning av skulder i årsredovisningen för 2008

- (38) De finska myndigheterna hävdar att skuldavskrivningen inte inverkar på det rättsliga förhållandet mellan långivaren och låntagaren, eftersom det rör sig om en bokföringsmässig åtgärd och S:t Michels stad kommer att försöka driva in de fordringar som avskrivits i årsredovisningen. Kommissionen ställer sig tveksam till denna argumentation, eftersom de finska myndigheterna hittills inte kunnat lägga fram någon bevisning för att Järvi-Suomen Portti fortfarande har en laglig skyldighet att betala tillbaka sin skuld. Om den lagliga återbetalningsskyldigheten upphört innebär detta att Järvi-Suomen Portti har fått en fördel till följd av skuldavskrivningen och det är tveksamt om en privat investerare i en marknadsekonomi skulle ha handlat på detta sätt.

4.2.9 Åtgärder som vidtagits av Finnvera

- (39) För det första måste man avgöra om en åtgärd är stöd som getts av en medlemsstat eller med hjälp av statliga medel. För att så ska vara fallet måste åtgärden ha finansierats direkt eller indirekt med hjälp av statliga medel och kunna hänföras till medlemsstaten i fråga⁽¹⁾. Eftersom finska staten äger 100 % av företaget Finnvera anser kommissionen att detta villkor är uppfyllt.
- (40) När det gäller frågan om huruvida åtgärderna innebär en fördel för Järvi-Suomen Portti hävdar de finska myndigheterna att ingen av de åtgärder som vidtagits av Finnvera har ett inslag av stöd.

- (41) Vad gäller lånen menar de finska myndigheterna att de lån som beviljats av Finnvera inte utgör ett statligt stöd, eftersom räntan var högre än referensräntan. I och med att kommissionen anser att Järvi-Suomen Portti är ett företag i svårigheter åtminstone sedan början av 2004 är den tveksam till om räntan verkligen överskridit den relevanta referensräntan. Enligt det referensräntemeddelande som gällde vid den tidpunkt då lånen beviljades⁽²⁾ skulle det göras ett tillägg till referensräntan för företag i svårigheter med minst 400 räntepunkter⁽³⁾. Det förefaller som om räntan på lånen var lägre än vad referensräntan med tillägget skulle ha varit beräknad på detta sätt⁽⁴⁾. De finska myndigheterna hävdar dessutom att lånen inte innefattade statligt stöd, eftersom de beviljades på samma villkor som för de privata långivarna och innebar en betydande riskfördelning mellan staten och de kommersiella aktörerna. Samtidigt fördelades säkerheten i förhållande till risktagandet. Kommissionen fick dock ingen konkret information om de lån som beviljats av de privata långivarna, t.ex. uppgifter om datum, lånesummor, villkor och ställda säkerheter. Kommissionen tvivlar därför på att åtgärden i fråga är förenlig med principen om en privat investerare i en marknadsekonomi.

- (42) Såsom angivits ovan hävdade de finska myndigheterna att den garanti som beviljats av Finnvera inte utgjorde statligt stöd och hänvisar till Finnveras garantiordning som kommissionen underrättades om genom en skrivelse av den 21 juni 2000. De finska myndigheterna lämnade emellertid inte någon förklaring om på vilket sätt det framgick av informationen om Finnveras garantiordning att de garantier som beviljats Järvi-Suomen Portti inte hade några inslag av statligt stöd. Framför allt förefaller det som om garantiordningen inte kan anses omfatta garantier som beviljas ett stort företag vid en tidpunkt då det redan är i svårigheter. Om åtgärderna har beviljats utanför en gällande garantiordning och Järvi-Suomen Portti var ett företag i svårigheter vid tidpunkten för beviljandet tvivlar kommissionen på att garantierna i fråga är förenliga med principen om en privat investerare i en marknadsekonomi.

4.2.10 Slutsats om förekomst av statligt stöd

- (43) Med hänvisning till de förhållanden som beskrivits ovan anser kommissionen att de åtgärder som S:t Michels stad har vidtagit i form av överlåtelse av mark, köp av mark och aktier, beviljande av garantier samt skuldavskrivning eventuellt utgjorde en fördel för stödmottagaren som denne inte hade kunnat få på normala marknadsvillkor. Sänkningen av avloppsavgifterna förefaller dock inte medföra en sådan fördel. Dessutom verkar åtgärderna i

⁽¹⁾ Mål C-345/02 Pearl BV m.fl. mot Hoofdbedrijfschap Ambachten, REG 2004, s. I-7139, punkt 35.

⁽²⁾ Meddelande från kommissionen om metoden för fastställande av referens- och diskonteringsränta (EGT C 273, 9.9.1997, s. 3).

⁽³⁾ 'Den referensränta som fastställs på detta sätt är en miniminivå, som kan ökas i situationer som medför särskilda risker (exempelvis företag i svårigheter, avsaknad av sådana säkerheter som normalt begärs av bankerna). I sådana fall kan tillägget beräknas till 400 räntepunkter eller ännu mer om ingen privat bank skulle ha accepterat att bevilja lånet i fråga.'

⁽⁴⁾ T.ex. ett lån beviljat den 12 januari 2006: Euribor 6 månader plus 2 % gav 4,661 %, under det att referensräntan plus 400 räntepunkter gav 7,7 %. T.ex. ett lån beviljat den 6 juli 2007: Euribor 6 månader plus +2,5 % gav 6,597 %, under det att referensräntan plus 400 räntepunkter gav 8,62 %.

fråga vara finansierade med statliga medel, eftersom de beviljas direkt av S:t Michels stad och med stadens medel. Dessutom var åtgärderna selektiva, eftersom de endast gällde Järvi-Suomen Portti. De selektiva bidragen kunde antas snedvräda konkurrensen och påverka handeln mellan medlemsstater genom att ett företag får en fördel jämfört med konkurrenterna, som inte får sådana bidrag. Stödmottagaren bedriver handel med köttprodukter, och inom den sektorn förekommer det handel mellan medlemsstaterna.

- (44) Vad gäller de åtgärder som Finnvera beviljat i form av lån och garantier anser kommissionen preliminärt att det är fråga om statliga åtgärder och att de ger stödmottagaren en fördel som denne inte hade fått på normala marknadsvillkor. Dessutom uppfyller de även övriga kriterier i artikel 107.1 i EUF-fördraget. I likhet med de åtgärder som vidtagits av S:t Michels stad var de selektiva och kan antas snedvräda konkurrensen och påverka handeln mellan medlemsstaterna.

4.3 De statliga stödåtgärdernas förenlighet med den gemensamma marknaden

- (45) Statliga stödåtgärder kan anses vara förenliga med den gemensamma marknaden på grundval av de undantag som anges i artikel 107.2 och 107.3 i EUF-fördraget.

4.3.1 Marköverlåtelse år 2000 och markförvärv år 2002

- (46) Järvi-Suomen Portti ligger i östra Finland, som år 2000 respektive år 2002 var berättigat till regionalstöd enligt artikel 107.3 a i EUF-fördraget. Kommissionen har hittills inte fått tillräcklig information om huruvida marköverlåtelserna år 2000 och markförvärvet år 2002 skulle kunna anses vara regionalstöd som är förenligt med den gemensamma marknaden och det är inte klart huruvida stödet skulle kunna anses vara förenligt på annan grund.

4.3.2 De garantier som beviljades den 8 mars 2004 och den 10 maj 2004

- (47) Vad gäller de garantier som beviljades 2004 utgår man från att företaget var i svårigheter vid den tidpunkt då garantierna beviljades (jfr punkt 22 och följande). Stöd till ett företag i svårigheter måste uppfylla villkoren i undsättnings- och omstruktureringsriktlinjerna från 1999. Kommissionen har hittills inte fått tillräcklig information för att kunna avgöra om kraven i riktlinjerna är uppfyllda. Om företaget inte kan anses ha varit i svårigheter vid den tidpunkt då garantin beviljades, skulle det behöva bedömas huruvida garantierna kan anses vara förenliga med den gemensamma marknaden på annan grund.

4.3.3 Förvärv av aktier från Järvi-Suomen Portti och avskrivning av skulder 2007 och 2008

- (48) Vad gäller aktieförvärvet år 2005 och skuldavskrivningarna år 2007 och 2008 ska stödåtgärderna bedömas genom tillämpning av undsättnings- och omstruktureringsriktlinjerna från 2004, eftersom kommissionen antar att företaget var i svårigheter vid den tidpunkt då åtgärderna vidtogs. Kommissionen har hittills inte fått tillräcklig information för att kunna avgöra om kraven i riktlinjerna är

uppfyllda. Om det kan anses att företaget inte var i svårigheter vid den tidpunkt då åtgärden vidtogs, skulle det behöva bedömas huruvida åtgärden kan anses vara förenlig med den gemensamma marknaden på någon annan grund.

4.3.4 Åtgärder som vidtagits av Finnvera

- (49) Vad gäller de åtgärder som vidtagits av Finnvera åren 2004–2008 måste det tas hänsyn till att Järvi-Suomen Portti, vid den tidpunkt då åtagandena vidtogs kunde anses vara ett företag i svårigheter i den mening som avses i undsättnings- och omstruktureringsriktlinjerna från 1999 respektive 2004. Huruvida stödet i form av garantier eller räntesubventionerade lån är förenligt med den gemensamma marknaden bör därför bedömas på grundval av nämnda riktlinjer. Kommissionen har hittills inte fått tillräcklig information för att kunna avgöra om kraven i riktlinjerna är uppfyllda. Om det kan anses att företaget inte var i svårigheter vid den tidpunkt då åtgärden vidtogs, skulle det behöva bedömas huruvida åtgärden kan anses vara förenlig med den gemensamma marknaden på någon annan grund.

5. SLUTSATS

- (50) Mot bakgrund av vad som anförts ovan har kommissionen beslutat att utvidga det formella granskningsförfarandet enligt artikel 108.2 i EUF-fördraget så att det även omfattar den beskrivna åtgärden.

BESLUT

Av ovan anförda skäl uppmanar kommissionen, i enlighet med det förfarande som anges i artikel 108.2 i EUF-fördraget, Finland att inom en månad för mottagandet av denna skrivelse inkomma med synpunkter och tillhandahålla alla upplysningar som kan bidra till bedömningen av stödet. Det rör sig särskilt om följande uppgifter:

- Villkor för överlåtelse av mark för produktionsanläggningen i Tikkala år 2000, jämte tillhörande handlingar. Villkor för kommunala anläggningsarbeten och annat nödvändigt tekniskt arbete som utförs av S:t Michels stad, jämte tillhörande handlingar.
- Villkor för markköpet år 2002, jämte tillhörande handlingar. Information om huruvida markköpet skedde på marknadsvillkor.
- Kompletterande upplysningar om de lån som Tapiola beviljade 2004 och de garantier som S:t Michels stad beviljade för att ställa säkerhet för lånen.
- Villkor för köp av aktier från Järvi-Suomen Portti år 2005, jämte tillhörande handlingar. Information om huruvida fastighetsförvärvet skedde på marknadsvillkor.
- Dokumentation om hur skuldavskrivningarna åren 2007 och 2008 påverkade den lagstadgade skyldigheten att betala tillbaka skulderna i fråga. Information om huruvida S:t Michels stad försöker driva in skulderna, jämte tillhörande handlingar. Kort beskrivning av förhållandet mellan skuldavskrivningarna och saneringsprogrammet.

- Detaljerade uppgifter om de lån som privata långivare beviljade tillsammans med Finnvera åren 2006 och 2007, särskilt dag för beviljande, belopp, räntesats och ställande av säkerhet för att ge kommissionen möjlighet att bedöma om lånen beviljades på samma villkor som privata långivare tillämpar.
- Rättslig grund för Finnveras beviljande av garantier 2004, 2006 och 2008. Information om huruvida garantier beviljades tillsammans med privata aktörer och, om så var fallet, villkoren för de garantier som beviljades av privata aktörer.
- Förklaring till den finansiering som gav Järvi-Suomen Portti möjlighet att betala tillbaka de utestående skulderna på cirka 1 miljon euro till skattemyndigheterna sommaren 2009, jämte tillhörande handlingar.

Kommissionen uppmanar era myndigheter att omedelbart överlämna en kopia av denna skrivelse till den potentiella stödmottagaren.

Kommissionen påminner Finland om att artikel 108.3 i EUF-fördraget har uppskjutande verkan och hänvisar till artikel 14 i rådets förordning (EG) nr 659/1999, som föreskriver att allt olagligt stöd kan återkrävas från mottagaren.

Genom denna skrivelse meddelar kommissionen Finland att den kommer att underrätta berörda parter genom att offentliggöra skrivelsen och en sammanfattning av den i *Europeiska unionens officiella tidning*. Kommissionen kommer även att underrätta berörda parter i de Eftaländer som är avtalsslutande parter i EES-avtalet genom att offentliggöra ett tillkännagivande i EES-supplementet till EUT, samt underrätta Eftas övervakningsmyndighet genom att skicka en kopia av denna skrivelse. De berörda parterna kommer att uppmanas att inkomma med synpunkter inom en månad från dagen för offentliggörandet.“

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache COMP/M.5795 — Siemens/Sinara Locomotives/JV)
Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall
(Text von Bedeutung für den EWR)
(2010/C 58/05)

1. Am 1. März 2010 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Die Siemens Aktiengesellschaft („Siemens“, Deutschland) und das Unternehmen Sinara Locomotives Limited („Sinara Locomotive“, Zypern), das von Herrn Pumpyansky (Russland) kontrolliert wird, erwerben im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der EG-Fusionskontrollverordnung durch Erwerb von Anteilen an einem neugegründeten Gemeinschaftsunternehmen die gemeinsame Kontrolle über das Unternehmen Ural Locomotives Holding Company („Holding-Gesellschaft“, Niederlande) und das Unternehmen OOO Ural Locomotives („Betriebsgesellschaft“, Russland). Die Betriebsgesellschaft soll in den Bereichen Entwicklung, Herstellung, Vermarktung und Verkauf von Lokomotiven in Russland tätig sein sowie diesbezügliche Auftragsvergabe und Dienstleistungen durchführen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Siemens: Energie, Gesundheitswesen und Industrie. Im Industriesektor ist Siemens unter anderem in der Schienenverkehrstechnik tätig und stellt beispielsweise Elektro- und Diesellokomotiven her,
- Pumpyansky-Gruppe: Finanzdienstleistungen, Immobilienentwicklung, Stahlrohrherstellung sowie Transportmaschinenbau einschließlich Elektro- und Diesellokomotiven.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die EG-Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor. Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren für bestimmte Zusammenschlüsse gemäß der EG-Fusionskontrollverordnung fallen könnte ⁽²⁾ in Frage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach Veröffentlichung dieser Anmeldung eingehen. Sie können der Kommission unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.5795 — Siemens/Sinara Locomotives/JV per Fax (+32 22964301), per E-Mail (COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
J-70
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 (nachstehend „EG-Fusionskontrollverordnung“ genannt).

⁽²⁾ ABl. C 56 vom 5.3.2005, S. 32 („Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren“).

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache COMP/M.5792 — Bosch/Deutz/Eberspächer)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 58/06)

1. Am 26. Februar 2010 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 ⁽¹⁾ des Rates bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Die Robert Bosch GmbH („Bosch“, Deutschland), die Deutz Abgastechnik GmbH („Deutz“, Deutschland) und die Eberspächer GmbH & Co. KG („Eberspächer“, Deutschland) gründen und kontrollieren gemeinsam ein Vollfunktionsgemeinschaftsunternehmen für Gesamtsysteme zur Diesel-Abgasnachbehandlung für Non-Road-Maschinen und On-Road-Nutzfahrzeuge, die in Kleinserien hergestellt werden, sowie für die aktive Regeneration von Dieselpartikelfiltern.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Bosch: Fahrzeugtechnik, Industrietechnik, Gebrauchsgüter- und Gebäudetechnik (weltweit),
- Deutz: Dieselmotoren (weltweit),
- Eberspächer: Abgastechnik und Fahrzeugheizungen (weltweit).

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die EG-Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach Veröffentlichung dieser Anmeldung eingehen. Sie können der Kommission unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.5792 — Bosch/Deutz/Eberspächer per Fax (+32 22964301), per E-Mail (COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
J-70
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 (nachstehend „EG-Fusionskontrollverordnung“ genannt).

**Bekanntmachung nach Artikel 27 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates in der Sache
COMP/39.596 — British Airways/American Airlines/Iberia**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 58/07)

1. EINLEITUNG

- (1) Beabsichtigt die Kommission, einen Beschluss zur Abstellung einer Zuwiderhandlung zu erlassen und bieten die beteiligten Unternehmen an, Verpflichtungen einzugehen, die geeignet sind, die ihnen von der Kommission nach ihrer vorläufigen Beurteilung mitgeteilten Bedenken auszuräumen, so kann die Kommission nach Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln ⁽¹⁾ diese Verpflichtungszusagen im Wege eines Beschlusses für bindend für diese Unternehmen erklären. Der Beschluss kann befristet sein und muss besagen, dass für ein Tätigwerden der Kommission kein Anlass mehr besteht. Beabsichtigt die Kommission, einen Beschluss nach Artikel 9 zu erlassen, veröffentlicht sie nach Artikel 27 Absatz 4 der genannten Verordnung eine kurze Zusammenfassung des Falls und den wesentlichen Inhalt der Verpflichtungszusagen. Interessierte Dritte können hierzu binnen einer von der Kommission festgesetzten Frist Stellung nehmen.

2. ZUSAMMENFASSUNG

- (2) British Airways („BA“), American Airlines („AA“) und Iberia („IB“) gehören der internationalen Allianz von Luftverkehrsgesellschaften oneworld an. Am 14. August 2008 gaben sie ihre Absicht bekannt, ein Joint Venture mit Einnahmenteilung (*revenue-sharing joint venture*) einzurichten, das ihre gesamten Personenbeförderungsleistungen im Flugverkehr zwischen Europa und Nordamerika abdecken soll. Die Joint-Venture-Vereinbarungen zwischen BA, AA und IB sehen eine Zusammenarbeit bei wichtigen Wettbewerbsparametern wie Flugplänen, Kapazität, Preis und Marketing vor.
- (3) Am 29. September 2009 erließ die Kommission eine Mitteilung der Beschwerdepunkte, in der sie vorläufig den Standpunkt vertrat, dass das geplante Joint Venture im Hinblick auf bestimmte EU-US-Städtepaare gegen Artikel 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union („AEUV“) verstoße. Die Mitteilung der Beschwerdepunkte stellt eine vorläufige Beurteilung im Sinne von Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 dar.
- (4) In der vorläufigen Beurteilung äußerte die Kommission Bedenken, dass das Joint Venture zwischen BA, AA und IB den Wettbewerb auf den Strecken London–Dallas, London–Boston, London–Miami, London–Chicago, London–New York, Madrid–Miami und Madrid–Chicago einschränken könnte.
- (5) Angesichts des derzeit engen Wettbewerbs zwischen den beteiligten Unternehmen und ihrer starken gemeinsamen Marktposition bei den genannten Städtepaaren sind nach Auffassung der Kommission erhebliche wettbewerbswidrige Auswirkungen zu erwarten. In der vorläufigen Beurteilung heißt es, dass der Wettbewerbsdruck, den die beteiligten Unternehmen bei diesen Städtepaaren derzeit aufeinander ausüben und der durch das Joint Venture wegfiel, aufgrund der auf diesen Märkten bestehenden erheblichen Marktzutrittsschranken weder durch bereits vorhandene Wettbewerber, die Direktflüge oder Flüge mit Zwischenlandung anbieten, noch durch einen wahrscheinlichen, zeitnahen und ausreichend starken neuen Markteintritt bzw. eine wahrscheinliche, zeitnahe und ausreichende Expansion von Wettbewerbern (die Direktflüge oder Flüge mit Zwischenlandung anbieten) ersetzt würde.
- (6) Zu den Marktzutrittsschranken zählen insbesondere die enge Zuweisung von Zeitnischen auf den Londoner Flughäfen und dem New Yorker JFK-Flughafen, Frequenzvorteile und Drehkreuz-Dominanz der beteiligten Unternehmen, der Zugang zu Anschlussflügen sowie Netzeffekte aufgrund von Vielfliegerprogrammen und anderen Kundenbindungsprogrammen. Ferner bestehen weiterhin rechtliche Hemmnisse. Zwar sind durch das zwischen der EU und den Vereinigten Staaten geschlossene Abkommen der ersten Stufe alle rechtlichen Hemmnisse für den Zugang zu transatlantischen Strecken ausgeräumt worden, aber die EU-Luftverkehrsgesellschaften dürfen nach wie vor keine Strecken innerhalb der Vereinigten Staaten bedienen („Kabotage“), sie müssen mit US-Luftverkehrsgesellschaften Codesharing-Abkommen schließen, um Anschlussflüge in den USA anbieten zu können, und sie können auf der US-amerikanischen Seite transatlantischer Strecken keine Drehkreuze einrichten. Ferner werden die Geschäftsmöglichkeiten durch Auflagen für den Beteiligungs- und Kontrollerwerb eingeschränkt, da ausländische Beteiligungen an Luftverkehrsgesellschaften nach den einschlägigen US-amerikanischen Bestimmungen auf 25 % des stimmberechtigten Kapitals begrenzt sind. Zurzeit laufen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten sogenannte „Verhandlungen der zweiten Stufe“, die insbesondere auf eine Ausweitung der Investitionsmöglichkeiten abzielen.
- (7) Ferner vertrat die Kommission in ihrer vorläufigen Beurteilung die Ansicht, dass die geplante Zusammenarbeit nicht nur den Wettbewerb zwischen den beteiligten Unternehmen selbst, sondern auch den Wettbewerb zwischen den beteiligten Unternehmen und ihren Wettbewerbern einschränken könnte. Ein wesentlicher Aspekt des Wettbewerbs im Langstreckenbereich ist das Angebot an Anschlussflügen. Einige der Unternehmen, die auf einzelnen der genannten Strecken mit den beteiligten Unternehmen im Wettbewerb stehen, sind besonders auf den Interline-Verkehr der beteiligten Unternehmen angewiesen. Die Kommission hat in der vorläufigen Beurteilung Bedenken geäußert, dass die geplante Zusammenarbeit den Zugang dieser Wettbewerber zum Interline-Verkehr der beteiligten Unternehmen einschränken könnte.

⁽¹⁾ ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1. Mit Wirkung vom 1. Dezember 2009 sind an die Stelle der Artikel 81 und 82 EG-Vertrag die Artikel 101 und 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) getreten. Die Artikel 81 und 82 EG-Vertrag und die Artikel 101 und 102 AEUV sind im Wesentlichen identisch. Im Rahmen dieser Bekanntmachung sind Bezugnahmen auf die Artikel 101 und 102 AEUV als Bezugnahmen auf die Artikel 81 und 82 EG-Vertrag zu verstehen, wo dies angebracht ist.

- (8) Im Hinblick auf die Strecken London–New York und London–Chicago beschränkten sich die Wettbewerbsbedenken der Kommission auf den Premium-Markt (der Leistungen in allen Kabinen- und Tarifklassen außer Leistungen der eingeschränkten Economy-Class umfasst), während sich ihre Bedenken im Hinblick auf die Strecken London–Dallas, London–Boston, London–Miami, Madrid–Miami und Madrid–Chicago sowohl auf den Premium-Markt als auch auf andere Märkte bezogen.

3. WESENTLICHER INHALT DER ANGEBOTENEN VERPFLICHTUNGEN

- (9) Die beteiligten Unternehmen haben der Mitteilung der Beschwerdepunkte der Kommission nicht zugestimmt. Sie haben sich jedoch bereit erklärt, Verpflichtungen nach Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 einzugehen, um den Wettbewerbsbedenken der Kommission Rechnung zu tragen, damit die Kommission keinen Anlass mehr sieht, tätig zu werden.
- (10) Die Verpflichtungen sind nachstehend zusammengefasst. Der vollständige englische Wortlaut ist auf der Website der Generaldirektion Wettbewerb veröffentlicht: http://ec.europa.eu/competition/antitrust/cases/index/by_nr_79.html#i39_596
- (11) Die von den beteiligten Unternehmen angebotenen Verpflichtungen beziehen sich auf die folgenden sechs Städtepaare: London–Dallas, London–Boston, London–Miami, London–Chicago, London–New York und Madrid–Miami.
- (12) Die beteiligten Unternehmen bieten Folgendes an:

- a) Bereitstellung von *Zeitnischen*, nach Wahl des Wettbewerbers entweder am Flughafen London Heathrow oder am Flughafen London Gatwick, damit die Wettbewerber bis zu sieben zusätzliche Direktflugfrequenzen pro Woche auf der Strecke London–Dallas, 14 auf der Strecke London–Boston, sieben auf der Strecke London–Miami und 14 auf der Strecke London–New York anbieten können. Für das Städtepaar London–New York bieten die beteiligten Unternehmen ferner an, dem Wettbewerber Betriebsgenehmigungen für den New Yorker JFK-Flughafen zu gewähren, und zwar zu Zeiten, die auf die an dem jeweils gewählten Londoner Flughafen freigegebenen Zeitnischen abgestimmt sind. Dieses Angebot ist unter anderem an die Bedingung geknüpft, dass der Wettbewerber alle zumutbaren Anstrengungen unternommen hat, die benötigten Zeitnischen über das allgemeine Zuweisungsverfahren zu erhalten.

Ab der IATA-Sommerflugplanperiode 2013 werden die beteiligten Unternehmen etwaige ungenutzte Zeitnischen für die Städtepaare London–Dallas und London–Miami auch neuen Marktteilnehmern, die Flüge mit einer Zwischenlandung erbringen, zur Verfügung stellen; neue Marktteilnehmer, die Direktflüge erbringen, werden jedoch weiterhin den Vorrang haben gegenüber neuen Marktteilnehmern, die Flugdienste mit Zwischenlandung erbringen.

- b) Abschluss von *Vereinbarungen über die Kombinierbarkeit von Tarifen* mit Unternehmen, die bei den unter Randnummer 11 aufgeführten Städtepaaren mit den beteiligten Unternehmen im Wettbewerb stehen. Bei den Städtepaaren London–Chicago, London–New York und Madrid–Miami können die beteiligten Unternehmen diese Vereinbarungen auf Passagiere des Premium-Markts (siehe Randnummer 8) beschränken. Für den Abschluss derartiger Vereinbarungen kommen alle Wettbewerber in Frage, die auf der jeweiligen Strecke Direktflüge anbieten und auf keiner Seite der Strecke ein Drehkreuz betreiben.

- c) Abschluss *spezieller Prorata-Vereinbarungen* für den Anschlussverkehr, der den unter Randnummer 11 genannten Städtepaarstrecken vor- bzw. nachgelagert ist. Für den Abschluss derartiger Vereinbarungen kommen folgende Wettbewerber in Frage: 1) Luftverkehrsgesellschaften, die neue Flüge einführen oder ihr Angebot ausweiten, unabhängig davon, ob sie von den beteiligten Unternehmen bereitgestellte Zeitnischen nutzen und 2) auf den Strecken London–Chicago, London–New York und Madrid–Miami auch bereits etablierte Wettbewerber, die auf der jeweiligen Verbindung Direktflüge anbieten. Diese Wettbewerber kommen nur dann für spezielle Prorata-Vereinbarungen in Frage, wenn sie an keinem der beiden Endpunkte der Strecke ein Drehkreuz betreiben.

- d) Öffnung ihrer *Vielfliegerprogramme* für die unter Randnummer 11 genannten Städtepaare für einen Wettbewerber, der einen Flug auf der jeweiligen Strecke einführt oder sein Angebot ausweitet und weder über ein vergleichbares Programm verfügt noch an einem der Programme der beteiligten Unternehmen teilnimmt.

- (13) Darüber hinaus schlagen die beteiligten Unternehmen vor, einen Bevollmächtigten zu benennen, der über die Einhaltung der Verpflichtungen wacht. Für den Fall, dass zwischen einem neuen Marktteilnehmer und den beteiligten Unternehmen Uneinigkeit über die Verpflichtungen besteht, schlagen die beteiligten Unternehmen ein Streitbeilegungsverfahren vor, bei dem ein Schiedsgericht endgültig über die Sache befindet.

- (14) Da das US-amerikanische Verkehrsministerium (Department of Transportation — DOT) die Sache parallel zur Kommission prüft und Anhang II des Luftverkehrsabkommens zwischen der EU und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 30. April 2007 eine Zusammenarbeit zwischen Kommission und DOT vorsieht, beinhalten die Verpflichtungen ferner eine enge Einbeziehung des DOT während des gesamten Verfahrens. Die Kommission wird das DOT in wichtigen Phasen des Verfahrens konsultieren und dessen Ansicht in angemessener Weise berücksichtigen. Das DOT kann sich auch das Recht vorbehalten, einen weiteren Bevollmächtigten zu benennen, nachdem es selbst die geplante Zusammenarbeit geprüft hat.

4. AUFFORDERUNG ZUR STELLUNGNAHME

- (15) Vorbehaltlich der auf diese Bekanntmachung eingehenden Stellungnahmen erwägt die Kommission den Erlass eines Beschlusses nach Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003, mit dem ab dem Tag der Unterrichtung der beteiligten Unternehmen über den Kommissionsbeschluss die oben zusammengefassten Verpflichtungszusagen für

einen Zeitraum von zehn Jahren für verbindlich erklärt werden. Sollten sich die unterbreiteten Verpflichtungen infolge der im Rahmen dieser Bekanntmachung eingehenden Stellungnahmen wesentlich ändern, wird die Kommission eine neue Bekanntmachung nach Artikel 27 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 veröffentlichen.

- (16) Nach Artikel 27 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 fordert die Kommission interessierte Dritte auf, zu den angebotenen Verpflichtungen Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens einen Monat nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung eingehen. Interessierte Dritte werden ebenfalls gebeten, eine nichtvertrauliche Fassung ihrer Stellungnahme vorzulegen, in der Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Passagen gestrichen und durch eine nichtvertrauliche Zusammenfassung oder durch die Wörter

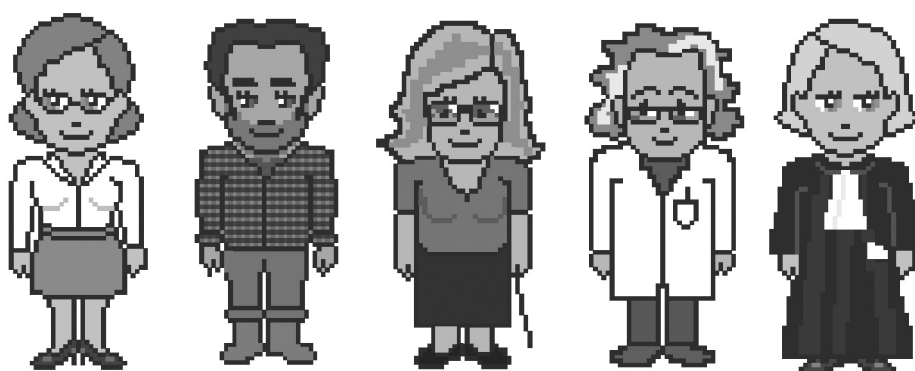
„Geschäftsgeheimnis“ oder „vertraulich“ ersetzt sind. Begründete Anträge auf vertrauliche Behandlung werden berücksichtigt.

- (17) Die Stellungnahmen können der Kommission unter Angabe des Aktenzeichens „COMP/39.596 — British Airways/American Airlines/Iberia“ per E-Mail (COMP-GREFFE-ANTITRUST@ec.europa.eu), per Fax (+32 22950128) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Antitrust
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

EU Book shop

Veröffentlichungen der EU
gesucht und gefunden!



bookshop.europa.eu

Abonnementpreise 2010 (ohne MwSt., einschl. Portokosten für Normalversand)

Amtsblatt der EU, Reihen L + C, nur Papierausgabe	22 EU-Amtssprachen	1 100 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihen L + C, Papierausgabe + jährliche CD-ROM	22 EU-Amtssprachen	1 200 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihe L, nur Papierausgabe	22 EU-Amtssprachen	770 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihen L + C, monatliche (kumulative) CD-ROM	22 EU-Amtssprachen	400 EUR pro Jahr
Supplement zum Amtsblatt (Reihe S), öffentliche Aufträge und Ausschreibungen, CD-ROM, 2 Ausgaben pro Woche	Mehrsprachig: 23 EU-Amtssprachen	300 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihe C — Auswahlverfahren	Sprache(n) gemäß Auswahlverfahren	50 EUR pro Jahr

Das *Amtsblatt der Europäischen Union*, das in allen EU-Amtssprachen erscheint, kann in 22 Sprachfassungen abonniert werden. Es umfasst die Reihen L (Rechtsvorschriften) und C (Mitteilungen und Bekanntmachungen).

Ein Abonnement gilt jeweils für eine Sprachfassung.

In Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 920/2005 des Rates, veröffentlicht im Amtsblatt L 156 vom 18. Juni 2005, die besagt, dass die Organe der Europäischen Union ausnahmsweise und vorübergehend von der Verpflichtung entbunden sind, alle Rechtsakte in irischer Sprache abzufassen und zu veröffentlichen, werden die Amtsblätter in irischer Sprache getrennt verkauft.

Das Abonnement des Supplements zum Amtsblatt (Reihe S — Bekanntmachungen öffentlicher Aufträge) umfasst alle Ausgaben in den 23 Amtssprachen auf einer einzigen mehrsprachigen CD-ROM.

Das Abonnement des *Amtsblatts der Europäischen Union* berechtigt auf einfache Anfrage hin zu dem Bezug der verschiedenen Anhänge des Amtsblatts. Die Abonnenten werden durch einen im Amtsblatt veröffentlichten „Hinweis für den Leser“ über das Erscheinen der Anhänge informiert.

Im Laufe des Jahres 2010 wird das Format CD-ROM durch das Format DVD ersetzt.

Verkauf und Abonnements

Abonnements von Periodika unterschiedlicher Preisgruppen, darunter auch Abonnements des *Amtsblatts der Europäischen Union*, können über die Vertriebsstellen bezogen werden. Die Liste der Vertriebsstellen findet sich im Internet unter:

http://publications.europa.eu/others/agents/index_de.htm

EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu>) bietet einen direkten und kostenlosen Zugang zum EU-Recht. Die Site ermöglicht die Abfrage des *Amtsblatts der Europäischen Union* und enthält darüber hinaus die Rubriken Verträge, Gesetzgebung, Rechtsprechung und Vorschläge für Rechtsakte.

Weitere Informationen über die Europäische Union finden Sie unter: <http://europa.eu>



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE